

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 51
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
21. Dezember 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rabler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Telefon: Amt Köpenick 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzelle. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzelle.

Kapitalbildung und Finanzreform.

Die Finanzreform ist in vollem Gange. Die wichtigste, jedenfalls eine der wichtigsten Positionen, um die wahrscheinlich am heftigsten gekämpft werden wird, heißt Kapitalbildung. Nicht als ob jemand Zweifel darüber geäußert hätte, ob Kapitalbildung überhaupt notwendig ist. In der kapitalistischen und nicht bloß in der kapitalistischen, sondern auch in jeder Wirtschaft, die nicht nur auf Gegenwart, sondern zugleich auch auf Zukunft eingestellt ist, ist Kapitalbildung eine zwangsläufige Erscheinung. Auch darüber besteht kein Zweifel, daß die Kapitalbildung in Deutschland möglichst verbreitet und in ihrem Tempo beschleunigt werden muß. Wer zweifelt daran? Die Differenzen beginnen erst bei der Frage, mit welchen Mitteln dies erreicht werden soll.

Ein Teil der bürgerlichen Presse und vor allem die großen kapitalistischen Verbände versuchen einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapitalbildung und öffentlicher Wirtschaft zu konstruieren. Besonders kennzeichnend in dieser Hinsicht sind die eben veröffentlichten Zeitsätze des Industrie- und Handelsrates zur Finanzreform und die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie unter dem interessanten Stichwort „Aufstieg oder Niedergang?“. Das Leitmotiv der beiden ist sehr beachtlich: Der öffentlichen Meinung soll in geschickter Weise der Gedanke suggeriert werden, als ob lediglich private Kapitalbildung für die Volkswirtschaft notwendig und nützlich sei, während die Kapitalbildung der öffentlichen Hand eine mehr oder weniger kraße Verschwendung des Volkvermögens bedeute. Ermäßigt die Steuern vom Kapitalertrag in jeder Form, dann wird die lebensnotwendige Kapitalbildung sich schon von selbst steigern und in Verbindung damit die Arbeitsmöglichkeiten und der allgemeine Volkswohlstand! Tatsächlich eine sehr ansprechende, alle Zweifel lösende Parole! Es fragt sich nur, ob sie stimmt.

Zunächst: was ist Kapitalbildung? Darunter verstehen wir jede Ansammlung von Mitteln, gleichviel ob in Geld- oder Naturalform, zwecks künftiger Produktion. Überall, wo das Arbeitsprodukt nicht unmittelbar verbraucht, sondern aufgespart wird, wobei die tatsächliche Möglichkeit besteht, das Aufgesparte irgendwo oder später für die Erweiterung der eigenen oder fremden Produktion zu verwenden, liegt Kapitalbildung vor. Also nicht nur der Großkapitalist, der seinen Mehrwert im eigenen Geschäft anlegt oder sich dafür Aktien oder Obligationen kauft, sondern auch der Arbeiter, der kleine Gewerbetreibende, der Bauer usw., der seine Ersparnisse zur Sparkasse oder zur Arbeiterbank trägt, erfüllt die wichtige Funktion der Kapitalbildung. Wenn man jene Milliarden sich vergegenwärtigt, die sich in den letzten 5 Jahren in den Sparkassen angesammelt haben, so versteht man ohne weiteres die außerordentliche Bedeutung gerade des kleinen Sparers für die Volkswirtschaft. Besonders wichtig ist dieses Sparkapital für die Finanzierung unserer Kommunalwirtschaft und des gemeinnützigen Wohnungsbaues, die ja auf die Unterstützung des Privatkapitals wenig zu rechnen haben. Die Kapitalbildung des kleinen Sparers anzuregen und zu fördern ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben unserer Finanzpolitik.

Niemand kann selbstverständlich ferner die Tatsache ableugnen, daß auch in der öffentlichen Wirtschaft Kapitalbildung vor sich geht. Unsere öffentlichen staatlichen und kommunalen Betriebe werfen im Normalfall Gewinne ab, die zum Teil zur Erweiterung dieser Betriebe selbst verwendet werden. Aber darüber hinaus dient unser ganzes Finanzsystem zugleich auch der Kapitalbildung. Unmittelbar: indem die Steuern dazu verwendet werden, um öffentliche Betriebe auszubauen und zu erweitern. Mittelbar: indem

die Steuern zum großen Teil in Form von Gehalt und Lohn in die Hände der Beamten und Staats- und Gemeindearbeiter kommen, um über diese Kanäle die Sparmöglichkeiten bei diesen Schichten der Bevölkerung zu erhöhen. Dadurch wird aber, wie eben gezeigt, eine sehr wichtige und für die gesamte Volkswirtschaft außerordentlich nützliche Art der Kapitalbildung angeregt.

Aus allen diesen Erwägungen folgt nun zunächst, daß die Kapitalbildung keineswegs ein Vorrecht oder ein besonderes „Ehrenamt“ jener oberen Zehntausend ist, die sich damit brüsten, die einzigen Träger des Gedankens an die deutsche Zukunft zu sein. Kapitalbildung ist sowohl eine Funktion des Großkapitalisten wie des kleinen Sparerers, sie findet sowohl in der öffentlichen wie in der Privatwirtschaft statt. Nur fragt es sich, welche Art der Kapitalbildung für die Volkswirtschaft als Ganzes vorteilhafter ist.

Um es gleich vorwegzunehmen: kein verständiger Politiker, auch nicht im sozialistischen Lager, zweifelt daran, daß, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, auch eine Kapitalbildung in privaten Wirtschaftsbetrieben stattfinden muß. Würde diese aufhören, so fielen zugleich jegliches Interesse für den Privatkapitalisten zur Weiterleitung seines Betriebes weg. Die Sozialisten sind keineswegs daran interessiert, die Kapitalisten vorzeitig zu bloßen Rentnern zu machen. Vorläufig braucht noch die Volkswirtschaft die Initiative und die Unternehmungslust des Privatkapitalisten. Andererseits wissen wir aber, daß die privatkapitalistische Kapitalbildung, insbesondere jene in den Großunternehmen, nicht die einzige und nicht einmal die vorteilhafteste vom Standpunkt der Volkswirtschaft ist. Wenn in einem privaten Betriebe Kapital angesammelt wird, so liegt es nahe, dieses Kapital in demselben Betriebe anzulegen, diesen Betrieb also auszubauen, ohne Rücksicht darauf, ob vom Standpunkt der Volkswirtschaft der Ausbau gerade jenes Betriebes oder des ganzen betreffenden Wirtschaftszweiges notwendig ist. Die in den privaten Großunternehmen angesammelten bedeutenden Neukapitalien haben die Tendenz, in dem Mutterunternehmen selbst zu verbleiben, werden zum Ausbau von Riesenkonzernen gebraucht, die bekanntlich nicht immer einen Nutzen für die Gesamtheit darstellen. Man könnte da aus der Praxis des Nachkriegsjahrzehnts Beispiele in Hülle und Fülle anführen. Das ist eben die berühmte Selbstfinanzierung, und die privatkapitalistische Kapitalvergeudung in Form von Über- und Fehlinvestitionen ist ein großes und trauriges Kapitel der deutschen und auch der internationalen Wirtschaft.

Wie man nun unter diesen Umständen jedes Überflüssige in der kapitalistischen Privatwirtschaft angesammelten Kapitalien durch die Vermittlung des Steuerwesens in andere Kanäle von vornherein als „Kapitalvergeudung“ bezeichnen kann, ist tatsächlich unerfindlich. Im Gegenteil: Oft ist die Besteuerung eines großen Teiles des in den Privatbetrieben angesammelten Mehrwertes nichts anderes als eine Kapitalrektung. Denn das auf diese Weise in den Bereich der öffentlichen Wirtschaft übergeführte Kapital unterliegt in weit höherem Maße der Kontrolle der Gesamtheit und kann daher, unter Umständen, besser verteilt und verwendet werden.

Wir verkennen dabei keineswegs die Gefahren einer Kapitalverschwendung auch in der öffentlichen Wirtschaft. Andererseits muß eine Möglichkeit gefunden werden, die private Kapitalbildung bis zu jenem Grade zu fördern, wo sie noch volkswirtschaftlich von Nutzen ist. Es muß aber ein für allemal mit dem Vorurteil gebrochen werden, daß die Kapitalbildung der öffentlichen Hand etwas Nebenächtliches und Schwächtliches ist. Der Weg zur sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft ist lang und schwer, wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß unter heutigen Umständen ein unmittelbarer Ein-

griff des Staates in die private Wirtschaft möglich und erwünscht ist. Dem Staat muß aber die Möglichkeit offenstehen, in mittelbarer Weise die Entwicklung dieser Wirtschaft zu lenken. Ein wichtiges Mittel dazu sehen wir in der Beeinflussung der Kapitalbildung durch das Finanzsystem. Der wirtschaftspolitische, nicht der steuertechnische Gehalt der kommenden Finanzreform muß heute das Interesse der sozialistischen Arbeiterschaft fesseln. G. Wienstock.

Die Stimme der Gewerkschaften.

In dem Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, befinden wir uns in einem Zustand politischer Hochspannung. Die Reichsregierung hat dem Reichstag ihr Programm für eine große Finanzreform vorgelegt, dessen Aufnahme durch die Parteien der Regierungskoalition den Ausbruch einer Regierungskrise in greifbare Nähe gerückt hat. Die Klassen des Reichs befinden sich in einer kritischen Lage. Noch ist der Young-Plan nicht in Kraft getreten. Anfang Januar soll die internationale Regierungskonferenz zusammentreten, die den Young-Plan endgültig genehmigt und damit die Zahlungspflichten Deutschlands fühlbar ermäßigt. Im Hinblick darauf erheben die Vorkämpfer des Privatkapitals mit lautem Getöse Forderungen, die auf eine starke Ermäßigung der Steuerlasten der Besitzenden abzielen und zugleich unerträgliche Lasten für die arbeitende Bevölkerung anstreben. Die Rundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die wir in der vorigen Nummer besprochen haben, ist durch ein Präzedenzfall des Reichsbankpräsidenten Schacht noch kräftig unterstrichen worden. Der Rücktritt der Reichsregierung würde den Zusammentritt der Haager Konferenz auf das ernsthafteste gefährden, die Finanzkrise akut machen und die schrecklichsten Folgen für das deutsche Volk nach sich ziehen. In diesem Augenblick veröffentlichen die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des All-Bundes die folgende Erklärung:

„Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftszeltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Young-Planes dienen dem Reichsverband der deutschen Industrie in Deutschland und Rundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Aushöhlung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Droffelnung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit.“

Mit den Schlagwörtern „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahr fünf beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gestützt haben!

Die Gewerkschaften anerkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Belastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „aus Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigender Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik

haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterchaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß.

Indem die Gewerkschaften eindringlichst vor der Fortsetzung einer solchen gefährlichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Aera neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubehämmern.

Die Notwendigkeit der Dreihundertstunde.

Es ist bekannt, daß der Amerikanische Gewerkschaftsbund eine große Propaganda für die Einführung der 40stündigen Arbeitszeit (Fünftagewoche) entfaltet und damit schon ansehnliche Erfolge erzielt hat.

Jetzt hat ein amerikanischer Unternehmer ein Buch veröffentlicht, in dem er die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche im Interesse der amerikanischen Wirtschaft für notwendig erklärt.

Die baldige Einführung des Sechshunderttages und der Fünftagewoche mit den jetzigen oder höheren Löhnen wird für dauernde industrielle Prosperität notwendig, sagt George Garrison Phelps in seinem neuen aufsehenerregenden Buche über die amerikanische Wirtschaft „Unser größter Kunde“.

Der Autor, der an der Spitze einer großen Reklamegesellschaft steht, ist mit den Problemen der modernen Wirtschaft vertraut und ist nicht bestrebt, in seinem Buch ein Heilmittel für die Schäden der Gesellschaft anzugeben. Sein ausschließlicher Zweck ist es, Wege zu zeigen, um mehr Waren zu verkaufen, damit mehr Waren hergestellt werden können und so höhere Gewinne erzielt werden.

Phelps erklärt: Jede Methode, durch die die Bereitwilligkeit des Arbeiters, Waren zu kaufen oder seine Fähigkeit, sie zu bezahlen, vermindert, ist eine schlechte Geschäftspraxis. Arbeitslosigkeit, Saison- und unständige Beschäftigung sowie die Praxis, Leute mit 50 Jahren zu entlassen, schränken den Absatzmarkt für Waren ein, während der sicherste Weg, ein Geschäft zum Stillstand zu bringen, die Herabsetzung der Löhne ist.

Wenn der Arbeiter ein guter Kunde sein soll, dann muß er Geld haben, womit er Waren kaufen, und freie Zeit, in der er die gekauften Waren gebrauchen kann. Der Autor sagt: Vor 100 Jahren war der Absatzmarkt auf die Aristokraten beschränkt. So ist es auch mit dem unieren. Nur jene, die Geld und genug freie Zeit haben, können gute Kunden sein.

Der Autor beweist, daß die Industrie für sich einen Absatzmarkt keinen Ertrag auf dem Gebiete des auswärtigen Handels oder anderwärts auf Erden finden kann. Ohne viel Raum für das Exportproblem in Anspruch zu nehmen, macht Phelps klar, daß der auswärtige Handel bestenfalls nur dazu dienen kann, den Tag aufzuschieben, wo die amerikanische Industrie ihren Überdruß auf dem eigenen Markt verkaufen muß und schließlich zu einer internationalen Leistung überzogen kann.

Reich an Vorfällen aus dem wirklichen industriellen Leben in den Fabriken und Verkaufshäusern von Detroit, ist „Unser bester Kunde“ zugleich eine wirtschaftliche Studie und ein praktischer Führer zur geschäftlichen Prosperität. Das Buch weist auf die Fehler des industriellen Systems, besonders auf den „Flaschenhals“ einer fehlerhaften Verkaufsorganisation und macht Vorschläge zur Abhilfe.

Vakuum leben, das als „der Markt“ bekannt ist. Es beschäftigt sich mit den wirklichen Arbeitern, die den Unternehmer entweder lieben oder hassen, und den Angestellten, die entweder lächeln oder hinter den Rücken der Kunden Gesichter schneiden. Kein in letzter Zeit erschienenenes Buch gibt soviel Grund für Optimismus in bezug auf Amerikas Zukunft.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im November 1929.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich, besonders gegen Ende des Monats, erheblich verschlechtert, und die Tendenz zu weiterer Verschlechterung ist deutlich erkennbar. Auch in der Holzindustrie hat die rückläufige Bewegung angehalten, sie bleibt aber hier noch in mäßigen Grenzen.

trieben stellt die Klavierindustrie mit 31 Betrieben und 2938 Beschäftigten immer noch das stärkste Kontingent, aber gegen den Vormonat, wo 40 Betriebe mit 4341 Beschäftigten vertirtzt arbeiteten, ist ein Rückgang zu verzeichnen. Bei der Beurteilung der Lage in der Klavierindustrie muß die starke allgemeine Verminderung der Zahl der Beschäftigten berücksichtigt werden.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat November 1929.

Table with 12 columns: Berufszweig, Berichtende Betriebe, Anzahl der Beschäftigten, Anzahl der Entlassenen, Anzahl leerer Plätze, Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), and Beschäftigungsgrad (November 1929, Oktober 1929, November 1928).

Eine Verschlechterung der Lage zeigt auch die Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Von 311856 erfaßten Mitgliedern waren am Monatschluß 54433 oder 17,45 Prozent arbeitslos.

Prozent. In Berlin sind 22,02 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos, ein Stand, der auch von Ostpreußen mit 21,34 Prozent nahezu erreicht wird. Am günstigsten steht der Gau Hannover, doch sind auch hier 9,69 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende November 1929.

Table with 10 columns: Gau, Berichteten haben, Verwaltungsstellen, Arbeitslose am 30.11.29, Prozent arbeitslos, Vertriebe, Beschäftigte, Die wöchentliche Arbeitszeit war vertirtzt um, and Nicht berichtet haben.

Gewerkschaften und Agrarfrage.

Die Agrarfrage und insbesondere die Frage der Agrarzölle wird jetzt sehr aktuell und sie berührt auch die Interessen der Gewerkschaften recht lebhaft. Aus diesem Grunde hat der Vorstand des ADGB. in der letzten Sitzung des Bundesausschusses von Dr. Hans Wilbrandt, einem guten Kenner der Materie, einen Vortrag halten lassen, den wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben:

Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber an Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterschaft, die Verbraucherschaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall geprüft.

Die Frage der Agrarzölle kann heute nicht mehr schematisch mit Ja oder Nein beantwortet werden. Allerdings, ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherschaft günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingedämmt werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuckerverzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Überhöhung der deutschen Zuckerpreise ist durch Einführung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Vertenerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Sturz der Schweinepreise eingetreten sind, zu verhüten. Trotz der hohen Kinder- und Rindfleischzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 Prozent selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreidezufuhr notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugungspreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich als Ersatz für Getreidezölle in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhüten sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der starren Zölle ein Gleitzollsystem in Vorschlag bringt, das heißt verstärkten Zollschutz bei übermäßig niedrigen Getreidepreisen, Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Wegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Richtpreise, die das Programm vorsieht, herabzusetzen. Die Herabsetzung der Richtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Einfuhrschein auf den niedrigsten Gleitzollfuß stabil festzusetzen. Die Regierung zieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrigzuhalten, um die Verfüterung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ausländischer Futtergerste) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergerstenzolles dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sinkt.

Welche Faktoren haben auf die heutige prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Depression konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so pariam wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Bezahlung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Mehrtausende Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Zahlmäßig sind selbstverständlich unter den verschuldeten Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der Zwangsversteigerung Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostelbien. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufnehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich

schlecht geht. Diesem Teil ist allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 Prozent des steuerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 Prozent der Großbetriebe verschuldet, über 150 Prozent nur 6 Prozent. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befinde sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostelbien und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Genossenschaften; ebenso die Zunahme der Beiträge, die für Düngemittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung, nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird um etwa 20 bis 30 Prozent über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 Prozent, wie behauptet wurde. Auch die Meinung, daß der bäuerliche Arbeitslohn zum Teil nicht einmal die Sätze der Arbeitslosenunterstützung erreiche, ist unhaltbar.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 Prozent, nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchzeugung ließe sich um 50 bis 100 Prozent steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationeller Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Hühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft — das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbar die Produktion fördernde Maßnahmen an.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Die vom Reichstag am 3. Oktober verabschiedete Reform der Arbeitslosenversicherung war nur eine Teillösung des Problems. Die Frage der Finanzierung der Versicherung ist offengeblieben und sie drängt nun zur Lösung. Damals haben sich die Gewerkschaften mit einer Erhöhung der Beiträge um 1 Prozent einverstanden erklärt, diese Erhöhung ist aber an dem Widerspruch des Unternehmertums gescheitert. Die Arbeitslosenversicherung erfordert fortgesetzt erhebliche Zuschüsse aus Reichsmitteln, die auf Grund des Gesetzes als Darlehen gegeben werden. Für deren Rückzahlung besteht jedoch zurzeit keinerlei Aussicht.

Nunmehr verkundet, daß im Reichsarbeitsministerium eine Vorlage vorbereitet wird, die eine Erhöhung der Beiträge um 2 Prozent vorsieht. Sofort sind die Unternehmer auf dem Plan erschienen. Die Spitzenverbände der Unternehmerorganisationen haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in welcher sie scharf gegen die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Beitragserhöhung Stellung nehmen. Die vorgeschlagene Beitragserhöhung würde für die Monate Januar bis März nur 50 Millionen Mehreinnahme erbringen, während außer der früheren Schuldenlast von 350 Millionen noch ein ungedeckter Mehrebedarf von 250 Mill. Mk. verbliebe. Die

Unternehmerverbände „verlangen daher unter Berücksichtigung unserer gesamten finanziellen und wirtschaftlichen Lage die Aufstellung und beschleunigte Verabschiedung eines Reformprogramms, das der ersten Gesamtlage von Wirtschaft und Staat in vertretbarer Form Rechnung trägt als dies durch das einseitige und primitive Mittel der Beitragserhöhung möglich ist“.

Das „Reformprogramm“ der Unternehmer lautet: Abbau der Arbeitslosenversicherung. Um eine verhältnismäßig geringe Erhöhung des Beitrages zu sparen, sollen die infolge der Nationalisierung arbeitslos gewordenen Massen dem Elend überantwortet werden. Die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung trifft die Arbeiter verhältnismäßig viel härter als die Unternehmer. Da jedoch die Frage so steht, ob wir erhöhte Beiträge zahlen oder dem Abbau der Arbeitslosenversicherung zustimmen wollen, entscheiden wir uns unbedingt für das erstere. Den reaktionären Gelüsten der Scharfmacher muß entschiedenster Widerstand entgegengesetzt werden.

Arbeitslosenversicherung und Kriegsoffer.

Das vom Reichstage unlängst verabschiedete Abänderungsgesetz zur Arbeitslosenversicherung enthält u. a. auch Bestimmungen, nach denen Pensionen, Wartegelder und Sozialrenten ganz oder teilweise auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Als anrechnungsfrei sind Renten bezeichnet, die nach dem Reichsvorsorgungsgesetz auf Grund einer Kriegsdienstbeschädigung gezahlt werden.

Die mit der Durchführung betrauten Arbeitsämter geben jedoch diesen Bestimmungen eine Auslegung, die in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen lebhaft Unruhe ausgelöst hat. Die Rente der im Erwerbsleben stehenden Kriegerwitwe wird beispielsweise auf die Arbeitslosenunterstützung voll angerechnet. Auch bei Kriegsbeschädigten erfolgt Anrechnung von Rente und Zusatzrente, soweit diese Bezüge den Betrag von 30 Mk. übersteigen.

Wie der Pressedienst des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener mitteilt, steht diese Auslegung im Widerspruch zu den Absichten und dem Willen des Gesetzgebers. Der mit den Vorarbeiten der Reform der Arbeitslosenversicherung betraute Sachverständigenausschuß hat in der Frage der Rentenanrechnung in seinem Gutachten ausdrücklich niedergelegt, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verpflichtungen, die den Kriegsoffern gegenüber bestehen, Renten nach dem Reichsvorsorgungsgesetz anrechnungsfrei bleiben.

Der Reichsverband hat daher das Reichsarbeitsministerium ersucht, auf dem Erlaßwege die Arbeitsämter darauf hinzuweisen, daß Renten und Zusatzrenten nach dem Reichsvorsorgungsgesetz auf die Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich anrechnungsfrei sind. Bis zur Herausgabe eines solchen Erlasses kann daher den Kriegsoffern nur empfohlen werden, bei etwaiger Anrechnung ihrer Renten auf die Arbeitslosenunterstützung den Spruchauschuß bei ihrem Arbeitsamt anzurufen und gegen dessen Entscheidung unter Umständen Berufung bei den zuständigen Spruchkammern der Arbeitslosenversicherung bei den Oberversicherungsämtern zu erheben.

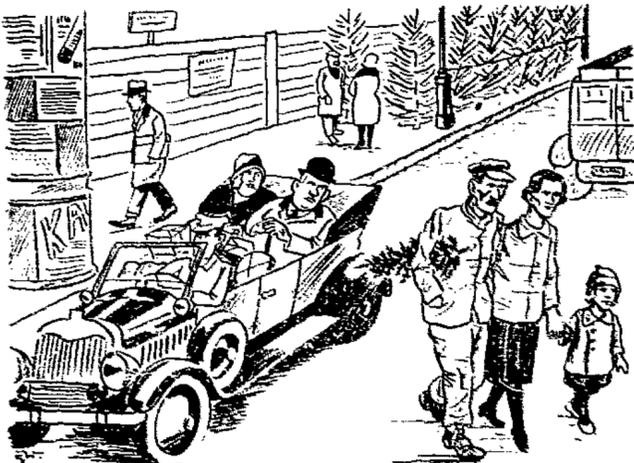
Das Ende der bayerischen Titelleihe.

Auf Antrag der Reichsregierung hat der Staatsgerichtshof am 9. Dezember gegen das Land Bayern entschieden, daß die Verleihung von Titeln zur Auszeichnung einzelner Personen verfassungswidrig ist. Vor einigen Jahren hat die bayerische Regierung mit dem Anflug begonnen und seither zahlreiche „Räte“ ernannt. Es gibt Kommerzienräte und Ökonomenräte, Gewerberäte, Versicherungsräte, auch Arbeitsräte. Bei manchen „Räten“ sind verschiedene Stufen vorgesehen, wie gewöhnliche Räte, Landesräte und Oberlandesräte. Verschiedene der so ausgezeichneten Bürger waren nicht nur sehr stolz auf den Titel, manche haben sich seine Erlangung auch recht viel Geld kosten lassen. Die Einnahme aus dem Titelgeschäft wird auf jährlich 250 000 Mk. geschätzt, manche Schätzungen gehen auch viel höher. Genaueres ist darüber nicht bekannt, denn die Gelder flossen in einen Geheimfonds zur Verfügung des Ministerpräsidenten. Nun ist das schöne Geschäft verdorben. Da der Staatsgerichtshof nichts über die Rückwirkung gesagt hat, werden die derzeitigen Inhaber der Staatswürde ihren Titel wohl weiterführen dürfen. Wir gönnen ihnen diese Ehre.

Ladenschluß am Weihnachtsabend.

Der Reichstag hat am 10. Dezember ein Gesetz beschlossen, welches vorschreibt, daß alle Läden am 24. Dezember um 5 Uhr nachmittags geschlossen werden. Eine Ausnahme ist nur für die Lebensmittel-, Tabak- und Blumen-geschäfte vorgesehen, die bis 6 Uhr offen gehalten werden dürfen. Das Gesetz, das der Initiative der Sozialdemokraten entspringen ist, bringt den vielgeplagten Angestellten in den Ladengeschäften eine Erleichterung, die sie dankbar begrüßen werden. Auch viele Geschäftsinhaber erhalten dadurch Gelegenheit, den Weihnachtsabend im Kreise ihrer Familie zu verbringen. Für das Gesetz hat sich auch der christlichsoziale Abgeordnete Mümm eingesetzt, der sich aber damit in Widerspruch zu seinen deutschnationalen Freunden stellt. Die größtenteils dagegen stimmten. Auch eine Anzahl frommer Zentrumsabgeordneter gönnte den Angestellten die Festtagsruhe nicht. Am rabiatesten benahm sich die Wirtschaftspartei, die nach im letzten Augenblick den allerdings schlagelagernden Versuch unternahm, die Geltung des Gesetzes, dessen Zustandekommen sie nicht verhindern konnte, wenigstens für das diesjährige Weihnachtsfest zu verhüten. Das sind alles gute Christen, aber höher als die hochverehrte Religion hebt ihnen doch das Geschäft.

O du fröhliche . . .



Da kauften sich diese Leute einen Weihnachtsbaum. Und dazu zahlt man ihnen Arbeitslosenunterstützung!



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Neuer Lehrgang an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf.

Im Mai nächsten Jahres beginnt an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf ein neuer Lehrgang. Verbandsmitglieder, die sich die Fähigkeiten und die Ausdauer zutrauen, mit Erfolg an dem zehnmonatigen Tageskurs teilzunehmen, können sich unter Beifügung 1. eines handschriftlichen Lebenslaufes, 2. eines Gutachtens der Ortsverwaltung und 3. einer Probearbeit beim Verbandsvorstand bewerben. Berücksichtigt werden können nur solche Bewerbungen, die spätestens am 2. Januar 1930 in unseren Händen sind.

Voraussetzung für die Teilnahme ist in der Regel die erfolgreiche Beteiligung an dem von der Schulleitung eingerichteten Fernunterricht sowie praktische Betätigung und Erfahrung in der Arbeiterbewegung, besonders in unserem Verband. Der Lebenslauf soll neben den Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Bewerbers und über den Bildungsgang auch Mitteilungen enthalten über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Auswahl der Schüler erfolgt nach den Vorschlägen des Verbandsvorstandes durch den Bildungsausschuß des AOB, gemeinsam mit der Schulleitung. Für die Probearbeit geben wir nachstehend drei verschiedene Themen mit kurzer Inhaltsangabe:

1. „Der Nutzen der Sozialversicherung für die Lebensgestaltung des Arbeiters.“
2. „Wie stellen Sie sich zur Frage der Rationalisierung?“
 - a) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rationalisierung,
 - b) ihr Einfluß auf die Zusammensetzung der Betriebsbelegschaft (Facharbeiter, An- und Ungelernte),
 - c) ihr Einfluß auf das geistige Leben des Arbeiters.
3. „Die Organisation meines Betriebes“ (Technische Beschreibung; Beschreibung der besonderen Berufstätigkeit; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Absatzorganisation; Verflechtungen mit anderen Betriebsunternehmungen; Funktion von Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Maßnahmen).

Die Auswahl unter diesen drei Themen steht den Bewerbern frei. Der Verbandsvorstand.

Die Lohnnüte.

Die Zeiten sind vorbei, da der Meister am Sonnabend durch die Werkstatt ging und jedem Arbeiter seinen Lohn auf die Bank zahlte. Wenn es mal nicht aufging mit dem Kleingeld, dann mußten sich unter Umständen ein paar Mann zusammensetzen und unter sich abrechnen. Zwar gibt es auch heute noch „Unternehmer“, die am Wochenschluß nicht soviel Geld haben, den Lohn für geleistete Arbeit zu zahlen, und dann, dem Zuge der Zeit folgend, eine Teilzahlung leisten. Aber im allgemeinen wird in einem geordneten Betriebe, sei er groß oder klein, am Freitagabend der Lohn für die abgelaufene Woche abgezahlt in einer Lohnnüte jedem Arbeiter ausgehändigt. Die Lohnnüte ist fast überall eingeführt. Sie erleichtert dem Unternehmer die Auszahlung des Lohnes, indem sie ihn der Mühe enthebt, zu rechnen und zu zählen, wenn alles auf Geld wartet und den Betrieb verlassen will. Die Arbeit der Lohnberechnung und des Abzählens kann in aller Ruhe vorgenommen werden, und die Aushändigung der Lohnnüten geht schnell und bequem vonstatten.

Nun hält der Arbeiter seine Lohnnüte in der Hand. Er wirft einen Blick auf den Betrag, der darauf steht, reißt sie auf, entnimmt ihr das Geld, sieht, daß es stimmt — und dann wirft er die Lohnnüte achtlos fort. Viele Kollegen glauben, sie brauchen die Lohnnüte nicht aufzubewahren. Sie ist für sie nur der Geldbehälter, der für sie keinen Wert und keine Bedeutung mehr hat, wenn das Geld heraus ist, und wenn nur der darauf geschriebene Betrag mit der darin liegenden Summe übereinstimmt hat. Richtiger aber ist es, die Lohnnüten alle sorgfältig aufzubewahren.

Da steht z. B. auf der Lohnnüte unter der wenig beliebten Aufschrift „Abzüge“ das Wort Lohnsteuer. Durch die Steuergeheimhaltung zur Nachkriegszeit ist der Unternehmer sozusagen zum Steuerzahler für die bei ihm beschäftigten Arbeiter geworden. Er ist verpflichtet, bei jeder Lohnzahlung einen bestimmten Betrag des verdienten Lohnes als Steuer abzugeben. Das so verdiente Geld gehört dem Steuerzahler und muß an ihn abgeführt werden. Das geschieht auf die Weise, daß dafür Steuermarken gekauft werden, die in die Steuerkarte des Arbeiters als Quittung einzuliefern sind. Nicht selten kommt es vor, daß sich gelegentlich einer Lösung des Arbeitsverhältnisses herausstellt, daß die Steuerkarte nicht in Ordnung ist. Es braucht dabei keine böse Absicht vorzuliegen zu haben, wenn gleich es auch schon vorgekommen

sein soll, daß die abgezogenen Steuerbeträge in betrügerischer Absicht vom Unternehmer behalten wurden. Neben dem Unternehmer haftet aber unter Umständen der Steuerpflichtige, also der Arbeiter selbst, dem Finanzamt gegenüber. In solchen Fällen können nun die Lohnnüten ein wertvolles Beweismaterial abgeben über die tatsächlich geleisteten Steuerbeträge. In Hand der Lohnnüten ist der Arbeiter auch leicht in der Lage, seine Steuerkarte daraufhin nachzuprüfen, ob sie die richtige Anzahl Marken enthält.



Hermann Pohland. Mitbegründer der Verwaltungsstelle Klingenthal im Jahre 1904, jetzt Funktionär d. Verwaltungsstelle Martneufkirchen.



Alwin Wels. Mitglied der Verwaltungsstelle Riegenhals. Seit 1904 fast ohne Unterbrechung Funktionär, jetzt Kassierer der Verwaltungsstelle.



Auch bei Anträgen auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer ist es von großem Nutzen, wenn alle Lohnnüten des ganzen Jahres noch vorhanden sind. Über die Voraussetzungen für solche Rückerstattung ist in der „Holzarbeiter-Zeitung“ wiederholt ausführlich geschrieben worden. Vom Arbeitslohn bleibt ein Betrag von 1200 Mk. (zuzüglich der Ermäßigungen für Familienangehörige) steuerfrei. Ist der Arbeiter infolge Verdienstaussfalls durch Arbeitslosigkeit, Streik, Krankheit usw. nicht in den Genuß des vollen jährlichen steuerfreien Betrages gekommen, so kann er beim Finanzamt einen Antrag auf Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuer stellen. Dasselbe gilt auch, wenn der jährlich verdiente Lohn unterhalb der steuerfreien Grenze bleibt.

In all diesen Fällen ist es immer erforderlich, daß erst einmal der Arbeiter überhaupt weiß, wieviel er verdient und wieviel Steuern er gezahlt hat, dann aber auch, daß er es dem Finanzamt gegenüber nachweisen kann. Dafür gibt es keine einfacheren und sichereren Unterlagen als die Lohnnüten. Hat der Arbeiter sie sorgfältig aufgehoben, dann hat er seine Beweise in Händen und erspart sich viel unnötige Schereereien.

Auch bei Lohnlagen vor dem Arbeitsgericht können die Lohnnüten unter Umständen wertvolle Dienste leisten. Es mag sich um Lohnnachforderungen handeln, um die Zuschläge für etwa geleistete Überstunden, um die erhaltenen Abschlagszahlungen bei Akkordarbeit oder um was immer für Differenzen — stets geben die Lohnnüten schnell und zuverlässig Auskunft über die ausgezahlten Beträge. Dadurch werden zeitraubende und oft sehr unsichere Zeugenvernehmungen unnötig, und die Aussicht auf eine erfolgreiche Durchführung der Klage ist erheblich größer.

Darum sollten die so unscheinbaren Lohnnüten sehr sorgfältig aufgehoben werden. Es geht damit wie mit so manchen Dingen: Solange man sie nicht braucht, fehlen sie einem nicht. Mit einemmal stellt sich dann der Mangel heraus. Ja, hätte ich jetzt noch meine Lohnnüten!

Wo etwa in einem Betrieb noch keine Lohnnüten verwendet werden, müssen die Kollegen im eigenen Interesse darauf dringen, daß sie eingeführt werden. Es ist auch darauf zu sehen, daß jede Lohnnüte ein Datum trägt, woraus der Zeitraum, für den der Lohn gezahlt wurde, hervorgeht. Das Aufheben der Lohnnüten ist eine geringfügige Mühe. Sie steht in keinem Verhältnis zu den guten Diensten, die sie in mancherlei Fällen leisten können. J. D.

Jugendleiterkonferenz im Gau Erfurt.

Die zweite Jugendleiterkonferenz des Gau's Erfurt fand am 24. November im Volkshaus zu Erfurt statt. Außer der Gaujugendleitung waren aus 18 Verwaltungsstellen 22 Vertreter erschienen. Kollege Art helm gab für die nunmehr

Mit Laßman'scher Nummer ist Nr. 51. Wohlfahrtsweg föllig

ein Jahr bestehende Gaujugendleitung den Tätigkeitsbericht. Trotz der äußerst schwierigen Verhältnisse im Thüringer Land haben wir doch schon von den schätzungsweise 1000 organisationsfähigen Jugendlichen rund 500 in 14 Ortsgruppen erfasst. Im Berichtsjahr wurden 6 Jugendgruppen neu gegründet, während eine Jugendgruppe eingegangen ist. Den überwiegend größten Anteil der jugendlichen Mitglieder stellen die Lehrlinge. Daher kommt es, daß das weibliche Geschlecht in unseren Jugendgruppen nur sehr schwach, zum Teil gar nicht vertreten ist. Nur die Gruppe Erfurt macht hiervon eine Ausnahme, da sie als Besonderheit auch einen weiblichen Tischlerlehrling organisiert hat. Das größte Ereignis des Jahres waren das Gaujugendtreffen in Mellendorf im Thüringer Wald und die anschließenden Wanderungen durch das schöne Schwarzatal. Auch das Reichsjugendtreffen in Heidelberg anlässlich der Tagung der Internationalen Union der Holzarbeiter war von drei Gruppen und rund 30 Teilnehmern besetzt. Wenn unsere Erwartungen auch noch nicht restlos erfüllt wurden, so können wir doch mit dem Resultat des ersten Arbeitsjahres der Gaujugendleitung zufrieden sein.

Die anschließenden Berichte der einzelnen Jugendleiter und die dann folgende Aussprache gab jedem einzelnen für die kommende Arbeit wertvolle Fingerzeige und Anregungen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung brachte das Referat des Kollegen Art helm über das kommende Berufsausbildungsgesetz. Wenn wir auch zugeben müssen, daß der Gesetzentwurf gegenüber den bestehenden Verhältnissen wertvolle Verbesserungen bringt, so atmet er doch auch noch so viel mittelalterlichen Junftgeist aus, daß die Gewerkschaften alle Macht anwenden müssen, ihn so zu gestalten, daß er auch den Anforderungen entspricht, die wir an ihn stellen müssen. Eine diesbezügliche Entschliebung wurde angenommen.

Zum Schluß wurde vorgeschlagen, im nächsten Jahre wieder ein Gaultreffen zu veranstalten, und zwar in Jena, und für das Bezirksjugendtreffen des AOB in Magdeburg schon jetzt mit den Vorarbeiten zu beginnen. Ihren Schluß fand die Konferenz in der Aufforderung des Kollegen Art helm, alle Kräfte für die Jugendarbeit einzusetzen, dann werde auch der Erfolg nicht ausbleiben. S. B. (Meiningen).

Das badische Lohnabkommen allgemeinverbindlich.

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 3. Dezember ist der am 23. Juli 1929 als Nachtrag zu dem allgemeinverbindlichen Mantelvertrag vom 1. Juni 1927 abgeschlossene Bezirkstarif für das Holzgewerbe in Baden für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auf den ganzen Freistaat Baden ausschließlich der Stadt Mannheim und beginnt mit Wirkung vom 1. November 1929.

Das Lohnabkommen ist, wie der Mantelvertrag, mit dem Verbands der Holzindustrie, Sig. Karlsruhe, abgeschlossen, und der Schreinermeisterverband weigerte sich, das Lohnabkommen für seine Mitglieder anzuerkennen. Durch die Allgemeinverbindlichkeit sind nicht nur die Mitglieder des Landesverbandes badischer Schreinermeister, sondern auch die unorganisierten Schreinermeister und ebenso auch die Glasermeister zur Anerkennung des Lohntarifs verpflichtet.

Lohnabkommen in Warnemünde.

Für die Firma Ernst Heinkel, Flugzeugwerke, Warnemünde, ist gemeinsam mit dem Metallarbeiter-Verband ein Lohnabkommen getroffen worden. Hiernach beträgt der Mindeststundenlohn für gelernte Arbeiter über 21 Jahre 105 Pf., für angelernte 94 Pf. und für ungelernete Arbeiter 88 Pf. Dieses Abkommen ist erstmalig zum 30. November 1930 kündbar.

Knopfindustrie in Breslau und Wohlau.

Nach langem Bemühen ist es gelungen, für die Breslauer und Wohlauer Knopfindustrie ein Lohnabkommen zu treffen. Die recht bescheidenen Löhne werden ab 7. November um 5 Prozent aufgebessert. Damit steigt der Durchschnittslohn der Facharbeiter in Breslau auf 75 Pf., in Wohlau auf 65 Pf. Die Akkordlöhne werden ebenfalls um 5 Prozent erhöht. Gleichzeitig wurde vereinbart, Anfang 1930 in Verhandlungen über den Abschluß eines Mantelvertrages einzutreten.

Friedland (Bez. Breslau). In unserm Grenzstädtchen ist die Lage unserer Kollegen wenig erfreulich. Unter den Sägern besteht bereits eine erhebliche Arbeitslosigkeit, und die Holzwarenfabriken Knoll und die Firma Gläser sind fast ganz ohne Aufträge, so daß ein Teil der Arbeiterschaft entlassen wurde. Die Aussichten für den beginnenden Winter sind recht trübe. Trostdem halten aber die Kollegen fest zusammen. Das konnte man auch gelegentlich der bescheidenen Feier sehen, die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens unserer Verwaltungsstelle veranstaltet wurde. Kollege Kühndel erinnerte dabei in einem Prolog, daß unsere Verwaltungsstelle im Jahre 1912 im Mittelpunkt eines Verfahrens stand, das darauf abzielte, unseren Verband als politischen Verein zu erklären. Der Gauvorsteher, Kollege Dierig, hielt die Festrede, und der Höhepunkt der Feier war die Ehrung von 10 Kollegen, die dem Verband seit mehr als 20 bis zu 30 Jahren angehören.



Holzindustrie



Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG.

Die Leipziger Pianoforte- und Phonolafabriken Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. (Sitz Leipzig) entstand, was auch der Name der Firma schon andeutet, aus der Fusion der Hupfeld AG. mit der Zimmermann AG. Der Zusammenschluß erfolgte im Sommer 1926. Wie später bekannt wurde, stand die Hupfeld AG. damals vor dem finanziellen Zusammenbruch. Diese Tatsache überraschte um so mehr, als noch kurz vorher die Leitung des Unternehmens öffentlich erklärt hatte, der Stand und die Aussichten der Gesellschaft seien in jeder Hinsicht gut. Wir haben den Zusammenbruch der Hupfeld AG. seinerzeit hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß die Geschäftsleitung von einem zügellosen Expansionsdrang erfüllt war. Sie wollte ihre Gesellschaft zum größten Unternehmen der Branche machen. Im In- und Ausland wurden Werke aufgekauft; vielleicht war das Geld dafür vorhanden, was aber bestimmt fehlte, waren die Männer, die ein großes Unternehmen leiten können. Und so kam, was kommen mußte, der Zusammenbruch.

Daß die Gebr. Zimmermann AG. sich mit der bankrotten Hupfeld-Gesellschaft eingelassen hat, wurde damals nicht begriffen. Nur die Kundigen wußten, daß dies nicht aus freien Stücken geschah, sondern unter dem Druck der Banken. Die Allgemeine deutsche Credit-Anstalt und die Dresdener Bank waren sowohl die Geldgeber der Hupfeld AG. als auch der Gebr. Zimmermann AG. Als sie sahen, daß die Leitung der Hupfeld-Gesellschaft am Ende ihres Lateins war, zwangen sie die Gebr. Zimmermann AG., die Hupfeldschen Betriebe und Schulden zu übernehmen. Die Schulden der Hupfeld AG. betragen nicht weniger als 5,8 Millionen Mark, bei einem Aktienkapital von 6,4 Millionen Mark. Die Erbschaft, die die Gebr. Zimmermann AG. antreten mußte, war also nichts wert, sie war von vornherein ein Verlust.

An diese Tatsachen muß man sich erinnern, wenn man den Geschäftsabschluß der Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. für 1928/29 sachlich bewerten will. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1927/28 einen Reingewinn von 460 158 Mk., im letzten Jahr dagegen nur einen solchen von 1627 Mk. Während die Aktionäre im Vorjahr ihr Kapital mit 10 Prozent verzinst erhielten, wird in diesem Jahr keine Dividende gezahlt. Der Geschäftsbericht enthält über diesen schlechten Abschluß keine Zeile. Man liest hier nur:

„Der Umsatz war in den ersten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht unbefriedigend, dagegen trat Anfang 1929 ein Rückschlag ein, und der Absatz ging in fast allen unseren Fabriken zurück. Zu den bekannten Schwierigkeiten in der Pianoindustrie kamen die Erschwerungen im Export durch hohe Zölle, die eine Reihe von europäischen und überseeischen Ländern zum Schutz ihrer Pianoindustrie erheben. Trotzdem haben sich unsere Fabrikate durch ihren guten Ruf auch im Ausland behaupten können.“

Der Hinweis auf die Erschwerungen des Exports ist durchaus berechtigt, ferner kommt noch die zunehmende Abneigung der bestehenden Schichten gegen das Piano in Betracht. Aber alle diese Tatsachen bedingen noch nicht allein den katastrophalen Stand des Unternehmens. Daß der allgemeine Rückgang der Pianoindustrie nicht spurlos an der Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. vorübergehen kann, ist klar, er hat hier aber tiefere Wunden geschlagen als bei anderen vergleichbaren Unternehmungen der Branche. Zum größten Teil ist dies auf die ungesunde Grundlage der Gesellschaft zurückzuführen. Aber uns will scheinen, daß auch die Leitung des Unternehmens nicht immer auf der Höhe war. Vielleicht überstiegen die Schwierigkeiten, wenigstens zeitweise, die menschliche Kraft überhaupt, es gab jedoch auch Situationen, wo eine weitestgehende Geschäftsleitung anders gehandelt hätte, als es geschehen ist.

Die Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. war zur Zeit ihrer Gründung die größte Pianofabrik der Welt. Damals beschäftigte sie rund 4000 Personen, darunter 2580 Holzarbeiter. Gegenwärtig beträgt die Beschäftigtenzahl noch reichlich 1700, davon sind 1015 Holzarbeiter. Wie die Holzarbeiter sich im Sommer 1926 auf die einzelnen Betriebe verteilen und sich jetzt verteilen, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

	Beschäftigte Holzarbeiter	
	1926	1929
Eilenburg	600	382
Leipzig	640	229
Dresden	400	102
Seiffennersdorf	450	283
Gotha	200	—
Johanngeorgenstadt	120	—
Zusammen	2580	1015

Der Betrieb in Gotha ist alsbald nach dem Zusammenschluß stillgelegt und das Grundstück verkauft worden. Nunmehr wird auch der Betrieb in Johanngeorgenstadt aufgegeben, die völlige Stilllegung ist bereits beantragt. Auch der ehemalige Köhnische Betrieb in Dresden ist stillgelegt

worden. „Die Fabrikation der Köhnisch-Instrumente haben wir nach unserer Fabrikanlage Dresden-Cotta verlegt“, heißt es in dem Geschäftsbericht. Alle drei Betriebe sind ehemalige Hupfeldsche Unternehmungen. Von den vier Werken, die Zimmermann von Hupfeld übernehmen mußte, führt nur das Leipziger noch ein bescheidenes Dasein. Aber auch die Zimmermannschen Betriebe sind stark zurückgegangen, wie unsere Zusammenstellung zeigt.

Wird der Rückgang andauern oder wird es der Geschäftsleitung gelingen, neue Absatzgebiete für ihre Instrumente zu finden? Das ist eine Frage, die unsere Kollegen und Kolleginnen der Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. natürlich sehr interessiert. Die Geschäftsleitung blickt nicht sehr zuversichtlich in die Zukunft. Jedenfalls rechnet sie vorerst nicht mit einer steigenden Pianoproduktion. Sie will sich mehr auf die Herstellung anderer Waren legen. Im Geschäftsbericht heißt es:

„Um den Ausfall in unserer bisherigen Produktion auszugleichen, haben wir die Herstellung von Schallplatten-Übertragungsanlagen aufgenommen und hoffen, befriedigende Umsätze in diesem Artikel zu erzielen. Die von uns konstruierte Hupfeld-Kinoregler hat Anklang gefunden. Es ist bereits eine größere Anzahl zur Ablieferung gelangt, die in verschiedenen Etablissements aufgestellt sind. Im Böhlich-Chrenberger Werk fertigen wir unter anderem ein neuartiges geschliffenes Billiard an, mit dem wir zurzeit gute Erfolge erzielen.“

Ob die teilweise Umstellung der Produktion zu einer gewissen Stabilisierung des Unternehmens führen wird, ist noch nicht sicher, es wäre im Interesse der beschäftigten Arbeiter aber sehr zu wünschen.

Internationale Verrüstung der Uhrenindustrie.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie befindet sich auf dem Wege zur völligen Verrüstung. Schon vor zwei Jahren wurden dahingehende Versuche unternommen, die nur deshalb scheiterten, weil die Unternehmer sich nicht über den Sitz des Unternehmens einigen konnten. Die Schramberger schlugen Schramberg vor, die Schwenninger dagegen einen neutralen Ort. Wenn es damals auch nicht zu einem produktionsrechtlichen Zusammenschluß kam, so doch zu einer Preisabmachung zwischen der Schramberger und der Schwenninger Gruppe.

In der Schramberger Gruppe ist Gebr. Junghans AG. in Schramberg (21,1 Millionen Mark Aktienkapital und 4000 Beschäftigte) das führende Unternehmen. Zum Junghans-Konzern gehören u. a. die Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik AG. in Schramberg (3 Millionen Mark Aktienkapital und 2150 Beschäftigte), die Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken AG. in Freiburg in Schlesien (2,7 Millionen Mark Aktienkapital und 2100 Beschäftigte), die Uhrenfabrik Lenzkirch AG., das Messingwerk Schwarzwald AG. und 5 weitere Unternehmungen im In- und Auslande. Jetzt ist eine Vollfusion aller dieser Gesellschaften geplant. Die einfache Addition des Kapitals der zum Konzern gehörenden Unternehmungen ergibt die Summe von etwa 35 Millionen Mark.

Die Schwenninger Gruppe besteht aus den Firmen Kienzle Uhrenfabriken AG. (9 Millionen Mark Aktienkapital und 2600 Beschäftigte) und Thomas Ernst Haller AG. (2,4 Millionen Mark Aktienkapital und 1500 Beschäftigte), beide Gesellschaften haben ihren Sitz in Schwenningen. Die Schwenninger Gruppe ist also wesentlich kleiner als die Schramberger. Außerhalb der Interessengemeinschaft der Schwenninger steht außer den etwa 20 kleinen Uhrenfabriken die Manthe G. m. b. H. in Schwenningen (12,1 Millionen Mark Gesellschaftskapital und 1500 Beschäftigte). Ihr Anschluß an die Kienzle-Haller-Interessengemeinschaft und damit die Vollfusion der Schwenninger Uhrenindustrie ist in Kürze zu erwarten.

Der Vollfusion innerhalb der zwei Gruppen wird bald der feste Zusammenschluß der beiden Gruppen folgen; der Streit über den Sitz des Unternehmens spielt heute keine Rolle mehr. Die Bedeutung dieses Zusammenschlusses wird einem erst recht klar, wenn man weiß, daß die beiden Gruppen nahezu die Hälfte der Weltproduktion kontrollieren. Die Schwarzwälder Uhrenindustriellen beherrschen auch schon einen großen Teil des Uhrengroßhandels, jetzt sind sie dabei, auch auf den Kleinhandel maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Dieser wehrt sich zwar verzweifelt dagegen, aber schließlich bleibt doch der Stärkere, das sind hier die vereinigten Uhrenfabriken, der Sieger.

Die Uhrenindustriellen sind aber nicht nur bestrebt, in Deutschland „Ordnung“ zu schaffen, sondern auch auf dem Weltmarkt. Zwischen den deutschen, schweizerischen, italienischen und französischen Uhrenfabrikanten schieben Verhandlungen über einen gewissen internationalen Zusammenschluß. Ob und wann es dazu kommen wird, steht dahin, aber jedenfalls gehören diese Verhandlungen mit zu den Zeichen der Zeit.

Futtermittel aus Holz.

Die Versuche, aus Holz Futtermittel zu gewinnen, haben zu einem greifbaren Erfolg geführt. Prof. Dr. Bergius (Heidelberg), der an dem Gelingen dieser wirtschaftlich wichtigen Frage den größten Anteil hat, sprach in der letzten Tagung des Reichsforstwirtschaftsrats über die Rückwirkung des Holzhydrolyse- (Verzuckerungs-) Verfahrens auf die Holzwirtschaft. Unter Holzhydrolyse versteht man die Umwandlung des Holzes, das bisher nur als Werkstoff, Brennstoff oder als Papierrohstoff verwendet wird, in Nährmittel für Tiere und Menschen. Für die Holzwirtschaft von Bedeutung dabei ist, daß für die Holzhydrolyse nicht wertvolles Nutzholz, sondern Reisig- und sonstiges Abfallholz verwendet wird. Die Erbauer von Holzhydrolyseanlagen müßten, führte Prof. Dr. Bergius aus, deshalb Orte des billigsten Holzbezuges auffuchen, und es sei mit Bestimmtheit vorauszu sehen, daß der jetzt bestehenden Anlage in Stettin weitere Anlagen in Deutschland folgen würden. Die Anlage in Stettin könne jährlich etwa 10 000 bis 20 000 Tonnen Holzhydrat-Futtermittel durch Verarbeitung von Abfallholz herstellen. Der Markt für Holzhydrat-Futtermittel in Deutschland sei außerordentlich groß, wenn man bedenke, daß wir jährlich nicht weniger als 3 bis 4 Millionen Tonnen Gerste und Mais importieren müßten. Dem Ertrag eines Viertels hiervon entspreche eine Produktion von 1 bis 1 Million Tonnen Holzhydrolyseprodukte. Die dazu nötigen Fabriken hätten dann nicht weniger als 3 bis 5 Millionen Raummeter Holz zu verarbeiten.

Durch das Holzhydrolyseverfahren könne der Landwirtschaft ein billiges Futtermittel zur Verfügung gestellt werden. Die Fütterungsversuche mit Holzhydrat-Futtermitteln hätten ergeben, führte Bergius weiter aus, daß es einen beträchtlichen Teil von Mais und Gerste im Schweinefutter ersetzen kann. Neben den Holzhydrat-Futtermitteln gewinne man aber ebensoviel Essigsäure wie bei der bisher üblichen Holzverkohlung. Zurückbleibe nur das unlösliche Lignin, das sich zu Briketts pressen läßt und den gleichen Heizwert wie Braunkohlebriketts besitzt. Das Hydrolyseverfahren erlaube es also, aus dem Holz eine ganze Reihe von Wertstoffen herzustellen, woraus die hohe Bedeutung des Verfahrens für die Forstwirtschaft hervorgehe. Der Nährwert eines Kilos Brennholz sei dann ebenso groß wie der Nährwert eines Kilos Hafer.

Damit über den „Holzzucker“ keine falschen Vorstellungen entstehen, wies Prof. Dr. Bergius darauf hin, daß die Chemie mit dem Worte „Zucker“ eine große Klasse von Körpern bezeichnet, die mit den handelsüblichen Zuckern im Allgemeinen die Eigenschaft der leichten Verdaulichkeit teilen, die aber zum größten Teil keine oder nur geringe Süßkraft besitzen. Zu diesen letzteren gehöre das Primärprodukt des Holzhydrolyseprozesses, das auch aus diesem Grunde kein Konkurrent des Rübenzuckers sein werde.

Holznot in Rußland.

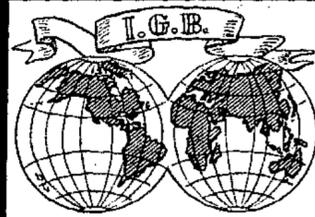
Rußland ist eines der holzreichsten Länder der Erde. Man sollte meinen, in einem solchen Lande könnte es niemals eine Holznot geben. In Sowjetrußland ist aber auch das Unmögliche möglich. Die Sowjetregierung hat ein großes Wirtschaftsprogramm aufgestellt, dessen Durchführung große Holz-mengen erfordert. Die Holzbereitstellung geht aber so langsam vor sich, daß die schönsten Pläne in Gefahr kommen. Das Haupthindernis ist der Mangel an Arbeitskräften, wenigstens schreiben dies die russischen Zeitungen. Wir lesen in der „Teryowo-Promyshlennaja“ vom 23. November folgendes:

„Den Forstverwaltungen fehlt das Personal für die Abholzungsarbeiten. Die schwierigen Lebens-, Wohnungs- und Ernährungsbedingungen, das Fehlen der Werkzeuge in ausreichender Menge, säumige Auszahlung der Löhne, das Schwanken der Tariffäge, die Fluktuation der Arbeitskräfte und der Rückgang der Arbeitsdisziplin: das sind die Bedingungen, unter denen die Holzbereitstellung durchgeführt wird, das ist im wesentlichen das, was Tempo und Richtung der Holzbereitstellung im Ural-Gebiet vorausbestimmt. Für die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Holzarbeiter ist in der Sommerperiode so gut wie gar nichts geschehen. Mit der Sicherung der Lebensmittelversorgung und der Warenlieferung sind die Genossenschaften nicht fertig geworden. Das Ergebnis ist, daß es in einer Reihe von Abholzungsbezirken gegenwärtig weder Bastische noch Stiefel gibt. Schlecht steht es auch mit den Löhnen. Es gibt an Ort und Stelle keine festen Tariffäge. Die Auszahlung des Lohnes wird häufig hinausgezögert: im Kreis Paschist (Bezirk Perm) sind die Löhne für die erste Oktoberhälfte erst im November ausgezahlt worden. Im Kreis Klapajewsk sind die rückständigen Septemberlöhne bis zum heutigen Tag nicht zur Auszahlung gelangt. Ein großes Manko liegt auch darin, daß man ganze Tage verenden muß für das Abholen der Lohnelder, da das Geld in die einzelnen Arbeitsbezirke nicht gebracht wird.“

Im Bezirk Twanowo-Bosnesensk wurde bisher nur die Hälfte der vorgeschriebenen Menge eingeschlagen. Es fehlt an Arbeitern, und wo diese vorhanden sind, fehlen Werkzeuge, Lebensmittel und Unterkunftsräume. Was unter diesen Umständen aus den geplanten Holzeinschlägen wird, steht dahin. Jedenfalls klagt die russische Wirtschaft heute schon über Holz-mangel.



Gewerkschaftsbewegung



Belohnung für erfolgreiches Werben.

Die unermüdete Werbung neuer Mitglieder ist eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben. In ihrer Lösung müssen sich alle Mitglieder beteiligen. Der Zweck der Organisation kann um so leichter erfüllt werden, je größer der Kreis der Berufsangehörigen ist, die sie umfaßt. Die Mittel, welche die Organisationen anwenden, um Mitglieder zu werben, sind sehr mannigfaltig. Das gesprochene und geschriebene Wort, das heißt Versammlungen und Flugblätter, sind alte Werbemittel, die in neuerer Zeit eine wirksamere Ausgestaltung erfahren haben. Es sei an die Illustration der Flugblätter und Werbeschriften erinnert, an deren äußere Ausstattung, die einen ganz gewaltigen Fortschritt gegenüber früher bedeutet. Film und Lichtbild spielen in der Werbearbeit eine Rolle, die man sich früher nie vorgestellt hat.

Bei allem Raffinement, mit welchem die Werbemethoden ausgestaltet werden, bleibt doch nach wie vor das Wichtigste die Werbung von Mund zu Mund. Im Betriebe selbst, auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte, am Bierisch, insbesondere aber auch in der Wohnung des Unorganisierten, der zu diesem Zweck aufgesucht wird, wird der Same der Organisation ausgesät. Der Erfolg hängt häufig von dem Eifer und dem Geschick derwerbenden ab. Der Gedanke, hier anfeuernd zu wirken durch das Auslegen von Prämien auf erfolgreiches Werben, ist sicher an verschiedenen Stellen schon öfters erwogen worden. Der Gedanke liegt ja auch nahe. So betrachteten es z. B. die verschiedenartigsten Versicherungsgesellschaften als eine Selbstverständlichkeit, jeden Erfolg ihrer Werber klingend zu belohnen. Daß man in den Gewerkschaften von der Nachahmung dieses Beispiels kaum etwas hört, ist ein Beweis dafür, daß man in der Mitgliederwerbung der Gewerkschaften eine Tätigkeit erblickt, die trotz äußerlicher Ähnlichkeit in ihrem Wesen doch grundverschieden ist von der Arbeit etwa eines Versicherungsagenten.

Wir sind daher ein wenig erstaunt, zu erfahren, daß der Generalrat des englischen Gewerkschaftsbundes sich mit dieser Frage beschäftigt habe und zu dem Schluß gekommen sei, daß es notwendig wäre, die persönliche Betätigung der Gewerkschafter anzuspornen. Es soll deshalb jedem, der zehn neue Gewerkschaftsmitglieder wirbt, die „Verbandsauszeichnung“ verliehen werden. Diese Auszeichnung besteht in einer rot und blau emaillierten und vergoldeten Medaille. Sie kann als Abzeichen oder, für weibliche Mitglieder, als Brosche getragen werden. Die Auszeichnung soll nicht nur für Gewinnung neuer Mitglieder für den eigenen Verband gelten, sondern sie wird gewährt, wenn dem englischen Gewerkschaftsbund, gleichgültig welchem Verband, zehn Arbeiter oder Arbeiterinnen zugeführt werden, die in den letzten 6 Monaten keiner Gewerkschaftsorganisation angehört haben. Dadurch soll die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit überhaupt und die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen unterstrichen werden. Fest angestellte Funktionäre kommen nicht in Betracht. Die Auszeichnung ist ausschließlich für jene Kollegen gedacht, die neben ihrer beruflichen Arbeit sich hohe Verdienste um die Stärkung der Organisation erworben haben.

Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ vom 23. November, der wir diese Nachricht entnehmen, findet diese englische Einrichtung nachahmenswert. Sie schreibt:

„Wir wissen ja, wie ungeheuer wichtig die gewerkschaftliche Kleinarbeit und besonders die persönliche Werbetätigkeit ist. Wir müssen ihr daher vermehrte Anerkennung zollen. Die kapitalistische Gesellschaft belohnt die Dienste, die in ihrem Interesse geleistet werden, nicht nur mit hohen Ehren, sondern in der Regel auch mit reichem finanziellen Erfolg. Die Arbeiterorganisationen können das nicht. Sie wollen das auch nicht, weil die Arbeit, die im Dienste einer Idee geleistet wird, gar nicht bezahlt werden kann. Aber was geschehen kann und geschehen muß, das ist die gerechte Würdigung, die Ehrung der Mühen und Opfer, welche die Gewerkschafter für ihre Organisation und für die gesamte Arbeiterklasse auf sich nehmen.“

In der Schätzung der gewerkschaftlichen Kleinarbeit und der persönlichen Werbetätigkeit stimmen wir mit dem genannten Blatt überein, aber wir möchten daraus nicht den Schluß ziehen, daß sie durch ein äußeres Ehrenzeichen gelohnt werden muß. Die englische „Verbandsauszeichnung“ erinnert in lauter Weise an die Orden und Ehrenzeichen, die unsere verschiedenen deutschen Landesverbände mitunter in verhängnisvoller Fülle an die Heldenbrüste ihrer besten Kämpfer an sich wirklich oder angebliche Verdienste um den Kampf um die Freiheit zu haben. Das in der Reichsverfassung ausgesprochene Verbot, Orden zu verleihen, hat den vielversprechenden „Alemannischen“ auf den Ausschreibertat gebracht.

Der Verleih von Ehrenzeichen durch Orden, welche die Gewerkschaften verleihen, wäre ein wenig erfreulicher Gewinn. Die Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern ist eine gewerkschaftliche Pflicht, deren Erfüllung ihren Lohn in sich trägt. Wir müssen danach trachten, die Gewerkschaftsmitglieder mit der gewerkschaftlichen Idee zu erfüllen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß viele Arbeiter aus materiellen Beweggründen zu ihrer Organisation kommen. Viele erwarten unmittelbare Vorteile, und manche betrachten die

Beitragsleistung als eine lästige Pflicht, der sie sich entziehen möchten, wenn es auf gute Art möglich ist.

Diese Halben und Lauen zu wirklichen überzeugten Gewerkschaftern zu erziehen, bedeutet Vorarbeit für eine erfolgreiche Werbetätigkeit. Gewerkschafter, die die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit erfasst haben, werden sich auch aus innerem Antrieb und mit Erfolg an der unmittelbaren Werbung von neuen Mitgliedern beteiligen. Sie sind nicht mit Versicherungsgesellschaften oder Geschäftsreisenden zu vergleichen, für die die Erlangung der Provision der Antrieb zur Arbeit ist. Der gute Gewerkschafter wird auch nicht werben, um einen Orden zu verdienen. Es liegt uns fern, die Einrichtung der englischen Gewerkschaften kritisieren zu wollen, die Sitten und Gewohnheiten des eigenen Landes spielen in der Art der Verbandstätigkeit eine wichtige Rolle. In Deutschland dürfte aber ein Bedürfnis für eine sichtbar zu tragende „Verbandsauszeichnung“ gewiß nicht bestehen.

Einheitliche Übertrittsbedingungen.

Beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes besteht bekanntlich eine Kommission für Verwaltungsreform, deren Aufgabe es ist, in der Richtung einer größeren Vereinheitlichung der Verwaltungseinrichtungen der Verbände zu wirken. In der Sitzung des Bundesausschusses am 26. November hat diese Kommission über ihre Arbeiten zur Schaffung einheitlicher Übertrittsbedingungen berichtet. Nach den Bundesbeschlüssen treten die Mitglieder einer Gewerkschaft bei Berufswechsel unter Anrechnung ihrer geleisteten Beiträge zu der Gewerkschaft des neuen Berufs über. Die Durchführung dieser Bestimmung verursacht Schwierigkeiten, die sich in neuerer Zeit durch die Einführung der Invalidenunterstützung in zahlreichen Verbänden wesentlich gesteigert haben. Nicht alle Verbände haben eine Invalidenunterstützung, und bei den Verbänden, die sie haben, weisen Beiträge und Leistungen große Unterschiede auf. Über diese Schwierigkeit ist auch die Kommission nicht hinweggekommen. Sie hat in den aufgestellten Richtlinien gerade bei diesem Punkte den Verbänden freigestellt, abweichende Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge zu schließen.

Die vom Bundesausschuß bestätigten Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einem anderen Verbande übertraten, erhalten die erworbene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitrittsgeld wird nicht erhoben.
2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge (Boll-) Beiträge in Betracht. Der Hauptbeitragsbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 Prozent von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Lokalzuschläge abzuziehen und dieser errechnete Wert, auf 10 Pf. auf- bzw. abgerundet, nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann umgerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.
3. Beitragfreie Warten, Extrabeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokalbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.
4. Für die Unterstützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesausschuß beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des A.D.G.B. 1926 und 1927) Beachtung finden. Um übertrittende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.
5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbande mit gleichem Unterstützungszweig übertritt. Hat das übertrittende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Übertrittende, die bereits früher dem gleichen Verbande mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbande geleisteten Beiträge auf die laufungsmäßige Wartezeit angerechnet.
6. Rechtsschutz hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtsschutzes eintrat.
7. Invalide, Kranke, arbeitslos oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind von Übertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unions-, Wertvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorstand.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

In Doppeltorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtsschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.

Behelingshaltung im Schneidergewerbe.

Der Bekleidungsarbeiter-Verband führt schon seit längerer Zeit einen Kampf gegen die gerade im Schneidergewerbe außerordentlich starke Lehrlingszucht. Um diesem Kampf einen größeren Nachdruck zu geben, hat er jetzt eine größere Denkschrift an die Landeszentralbehörden gerichtet, in welcher er zahlenmäßig die übermäßige Steigerung der Lehrlingshaltung nachweist. Nach der Berufs- und Gewerbezahlung hat die Zahl der Lehrlinge in der Herren- und Damenschneiderei von 1907 bis 1925 eine Steigerung um 20 982 oder um 37,1 Prozent erfahren. Die Erwerbsmöglichkeit für die Schneider ist dagegen stark zurückgegangen. Die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte in die Konfektion ist heute nicht mehr möglich, da infolge der Rationalisierung die Konfektion in steigendem Maße sich auf die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte einstellt.

Wohl bestehen Bestimmungen über die Höchstzahlen von Lehrlingen, welche von Handwerkskammern erlassen wurden. Sie sind aber unzulänglich. Das Bedürfnis zur Einschränkung der Lehrlingshaltung wird übrigens auch von den Unternehmern anerkannt. Nicht nur der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, sondern auch die Innungen sind für eine Beschränkung der Lehrlingshaltung. Der Reichsverband des Schneidergewerbes hat in einer Denkschrift den angeschlossenen Innungen Richtlinien vorgeschlagen, die jedoch der Bekleidungsarbeiter-Verband nicht für ausreichend hält. Sein Vorschlag geht dahin, in der Herrenschneiderei für drei Jahre, in der Damenschneiderei für zwei Jahre die Einstellung von Lehrlingen überhaupt zu verbieten. In der folgenden Zeit soll eine sehr beschränkte Haltung von Lehrlingen nur solchen Meistern gestattet sein, die in der Regel Gehilfen beschäftigen. Der Bekleidungsarbeiter-Verband ersucht die Landeszentralbehörden, generelle Regelungen im Sinne dieser Vorschläge herbeizuführen.

Der Baugewerksbund.

Auf der kürzlich abgehaltenen Tagung des Verbands des Baugewerksbundes konnte von einem anhaltenden Mitgliederzuwachs berichtet werden. Trotz des Rückganges der Bautätigkeit hat der Bund im dritten Vierteljahr bereits die halbe Million Mitglieder überschritten. Dieses Wachstum wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß durch die Anschaffung zahlreicher Autos und Motorräder für die Verbandsangehörigen die Möglichkeit gegeben wurde, auch abgelegene Bau- und Betriebsstätten leichter zu erreichen. Auch die Finanzlage des Bundes ist günstig; der Bund verfügt über ein Vermögen von 27 Millionen Mark.

Zum Berufsausbildungsgesetz nahm der Verbandsrat in einer Entschliessung, in der ausgesprochen wird, daß der Entwurf in der wichtigen Frage, ob bei der Regelung des Lehrlingswesens die berufsständische Vertretung oder der Tarifvertrag den Vorrang haben soll, einen Rückschritt enthält. Ohne die Fortschritte zu verkennen, die der Entwurf für die Ausbildung bringt, muß er doch in dieser Form abgelehnt werden, denn er ergibt nicht die Garantie der Weitergeltung des für die Regelung des Lehrlingswesens heute gültigen Tarifrechtes.

Tariffbewegung in der Schuhindustrie.

Die zentral geführte Lohnbewegung in der Schuhindustrie ist mit der Fällung eines verbindlichen Schiedspruches beendet worden. Am 20. November hatte der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter einen Schiedspruch gefällt, nach welchem sich der Mindestlohn des männlichen Arbeiters an der Spitze vom 2. Dezember an von 87 auf 95 Pf. erhöht. Zeitlohnarbeiter, die den neuen Mindestlohn erreichen, sowie Akkordarbeiter, die den Spartendurchschnitt erreichen, sollen keinen Rechtsanspruch auf die neue Lohnerhöhung haben. Die neuen Lohnsätze sollen bis zum 31. März 1931 unkündbar sein.

Die Unternehmer lehnten den Schiedspruch ab, die Arbeiter beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Bei den Nachverhandlungen am 2. Dezember stellte sich heraus, daß ein Formfehler die Verbindlichkeitsklärung des Spruches unmöglich machte. Die Parteivertreter ermächtigten schließlich den vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter, Dr. Dabberstein, zur Fällung eines Spruches, dem sie sich im voraus unterwarfen. Das Ergebnis war, daß die im ersten Schiedspruch ab 2. Dezember zugestandene Lohnerhöhung um 8 Pf. nunmehr auf zwei Termine verteilt wird. Der Mindestlohn an der Spitze steigt ab 2. Dezember auf 92 Pf., ab 31. März auf 95 Pf. Im übrigen bleibt der materielle Inhalt des Schiedspruches unverändert.



Unterhaltung und Wissen



Das Fest der Liebe.

Ein Zauber hat uns alle gepackt. Weihnachten naht, das Fest der Liebe. Weihnachten. Das weiche Licht der Läden wirft märchenhaften Glanz über die bunten, glänzenden Dinge, die hinter den Schaufenstern aufgebaut sind, fällt auf die Straße und verstrickt sich in den Füßen der Menschen, daß sie stehenbleiben.

Kinder drängen sich mit platten Nasen an den Auslagen. Rufen die Eltern herbei, die traurig den Kopf schütteln. Und in allen Köpfen summt ein Bibelspruch: Heute wird euch der Heiland geboren. Das Fest der Liebe naht.

Liebel Liebel schreit es an den Wänden der engen Straßenschluchten hoch. Liebel!

Liebel schreien sogar die armen Dirnen den Männern nach, die in Gedanken an Weib und Kind durch die Straßen hegen. Liebel! schreit nochmals eine in ihrer Enttäuschung. Nichts kann sie ihrem Kinde kaufen zum Feste. Nichts kann sie selbst sich gönnen. Und dem nächsten, der sie anspricht, wirft sie böse Worte ins Ohr. Die Lichtreklame aber schreit von den Dächern herab: Das Fest der Liebe! Liebel! Ja. Liebel! Vor den Auslagen drängen sich immer noch Menschen und wünschen sich dieses und jenes. Aber sie bekommen es nicht. Da packt sie der Haß gegen den, der all die Dinge fein eigen nennt und sie nicht hergeben mag ohne Geld.

Der jedoch steht hinter der Türe des Ladens und wartet, daß einer von denen, die draußen sich drängen, hereintritt. Kauft! Kauft, daß er seine Rechnungen bezahlen kann, daß er sich und den Seinen eine Freude machen kann am Fest der Liebe.

Doch draußen wechseln die Gesichter. Begehrlichkeit macht der Enttäuschung Platz. Niemand tritt ein. Da reißt ein Fluch von den Lippen des Händlers sich los. Er haßt die Menschen, mit deren Geld er schon gerechnet.

In den Kirchen aber orgeln die Worte der Männer des Geistes: Bereitet euch vor auf das Fest der Liebe. Euch zu erlösen kommt Gott auf die Erde. Liebel! Liebel! ruft er euch zu. Da überblickt er die leeren Bänke der Kirche, und ein Fluch bricht ihm heraus aus dem Innern. In die Predigt hinein stürzt ein wildes Geschimpfe gegen die Armen der Erde, die Materialisten, die das Brot des Himmels verschmähen und nach dem Brot der Erde sich sehnen. Fluch über sie... Am Feste der Liebe.

So wächst überall Haß in den Herzen und überwuchert das zarte Pflänzlein, das aufkeimen möchte in diesen Tagen.

Das Pflänzlein Liebe. Doch es wird groß werden allen zum Trost und austreiben helfen den Götzen Kapital, der sich zwischen die Menschen stellt. Der sie zwingt zu hassen, wo ihnen das Herz von Dingen der Liebe überläuft. Einft...

Und vielleicht ist es dann gerade Weihnacht. Und es wird wahr, daß wir das Fest der Liebe feiern. Erich Grisar.

Das unerwartete Geschenk.

Eine Tatsachengeschichte von Kurt Offenburg.

Durch die Zeitungen ging folgende Meldung: Bei einem Fest des ungarisch-amerikanischen Großindustriellen v. K. wurde in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember ein Überfall von unerhörter Dreistigkeit verübt. Dem Polizeibericht nach fuhr gegen Mitternacht ein Auto mit vier Herren im Frack vor der Villa des Industriellen vor, die von der Dienerschaft für verspätete Gäste gehalten wurden. Einer der Herren gab dem empfangenden Diener den Auftrag, etwas aus dem Wagen zu holen; einen zweiten Bedienten, der in der Garderobe die Mäntel abnahm, schickte einer der Herren ebenfalls nach unten. Durch ein geschicktes Manöver verhanden die Fremden die Gesellschaft zu überumpeln: einer der Komplizen holte die Damen zu einem Scherzotillon in den großen Salon zusammen; die anderen Kerle schlossen unbemerkt die Türen und zwangen die Damen mit vorgeschalteten Revolver zur Ablieferung des Schmuckes und ihrer Taschen. Darauf stürmten die Banditen das Spielzimmer, wo der Hausherr und die übrigen Gäste bei den Karten saßen. Der Gastgeber sprang mutig auf einen der Verbrecher los, bekam leider einen Fausthieb vor die Brust, daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Die Räuber plünderten die Kasse sowie die männlichen Gäste aus und flohen durch das Fenster. Die meisten älteren Herren kamen außer dem Verlust mit dem Schrecken davon. Als die Polizei endlich verständigt werden konnte — die Telephondrähte waren durchgeschnitten —, fand sie die Diener des Herren v. K. gestreckt und betäubt im Garten.

Dieser Raubzug scheint von derselben Bande unternommen zu sein, die seit Monaten die guten Häuser unserer

Gegend heimsucht und noch immer nicht gefaßt werden konnte. Wir hoffen, daß es der Polizei dieses Mal gelingt, die verwegenen Burfschen dingfest zu machen, um sie ihrer gerechten Strafe entgegenzuführen.

Herr v. Klopansstoff, Mitte dreißig, sehr blond, unverheiratet und von durchaus angenehmem Äußeren, hatte an diesem fatalen Freitagabend wieder eine seiner großen Gesellschaften gegeben, zu denen nur die besten Kreise der Stadt

Pösmann schließlich verschmerzen. Mischen wird eben noch dünneren Kaffee servieren lassen als bisher. Daß die Brillantohrgehänge der Gräfin Zeichingen, die ihr feinerzeit vom regierenden Herzog (wie man munkelte) auf Grund sehr freundschaftlicher Beziehungen verliehen worden waren und die längst ihr letztes größeres Vermögensstück darstellten; daß auch dieser bedeutende Schmuck den Räubern anheimfiel, das war dem Polizeidirektor schon unangenehm. Und die Frau Superintendent K. hatte am Ballabend das ganze Monatsgehalt ihres Gatten im Peribeutel — auch dahin.

Aber das allerschlimmste — der Polizeidirektor ging rasend im Zimmer hin und her —, wenn Herr v. Klopansstoff sich jetzt über ihn ärgerte, weil ihm das ganze an diesem Abend gewonnene Geld gestohlen worden war, und er ihn künftig nicht mehr einlädt! Nicht auszudenken! Hatte Eufriede, des Polizeidirektors zwanzigjährige hübsche Tochter, nicht begründete Aussicht, bald Frau v. Klopansstoff zu werden?

Das Telephon läutet. Gott sei Dank: Herr v. Klopansstoff! Der Polizeigewaltige verbeugt sich, während er in den Apparat spricht... Erleichtert legt er den Hörer zurück. Man braucht sich also keine schlaflosen Nächte zu machen, da es nicht gleich mit der Festnahme der raffinierten Kerle klappte.

Inzwischen sah Herr v. Klopansstoff in der Causeuse seines Herrenzimmers (kürzlich geliefert von der ersten Firma der Stadt, denn die Villa war erst seit wenigen Monaten eingerichtet) und wiegte auf seinen Knien, daß die Blügelstaken seiner tadellosen Hose bedroht waren, das blonde Töchterlein des Tuchfabrikanten Müller. Sie tröstete ihn... er tröstete sie; und sie sah bewundernd zu ihm auf, als er ihr erklärte, daß er ganz im geheimen schon eine Spur der Räuber habe und ihre Mama die antike Goldtasche und den vierkarätigen Brillantring gewiß zurückbekomme. Und während er sie leise und drängend ins Nebengewächschloß, flüsterte er ihr verheißungsvoll in das rosige Schweinsöhrchen, daß es Weihnachten bei einer gewissen Verlobung noch schöneren Schmuck geben wird...



Sonnenwende

Ja, wir glauben an dich, wenn uns eisiger Sturm auch umbraust,
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit harter Faust,
Wenn von blattlosen Zweigen trübendster Nebel tropft
Und an die Scheiben wildrauschende Schneefut plopf.

Glaube an dich, wenn die Wolken hängen in tiefer Last
Und unser Tag in fröstelnder Dämmerung verblaßt;
Wenn versunken der Erde goldleuchtende Pracht
Und unsere Stunden entwandeln in sternlose Nacht.

Ob mit gesuchter Stien auch Frau Sorge grübelt und sinnt
Und unsern Herd mit drohenden Schatten umspinnt;
Ob an der Ähre schon herrlich pocht glühende Not
Und jede Stunde ein quälender Kampf um das Brot

Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht;
Wissen die Hüfte; die hinter den Wolken blüht,
Daß sie dem Dunkel die tödenden Pfeile spießt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,
Die allem Dasein die lodrende Fackel hält.
Wissen dich nahend, urewige Zeugin,
Du aller Winternöte obliegende Beugin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschenlos:
Blüten und Früchte harren in deinem Schoß.
Kraft und Freude gebierst du uns ewiglich,
Stammende Weltmacht, wir glauben an dich!

— auch einige Künstler, „um der Sache etwas Farbe zu geben“ — eingeladen waren. Dieser Abend war der achte große Empfang, den Herr v. Klopansstoff gab, und obgleich er kaum ein Jahr in Kesselheim wohnte, hatte sein Name als Wohlthäter und Kunstmäzen einen guten Klang. Er genoß den Vorzug, wenn man es so nennen darf, in den reichsten Kreisen (was durchaus nicht gleich ist mit den besten) zu verkehren. Besonders die Mütter lediger Töchter wußten nicht genug des Ruhmenswerten über Herrn v. Klopansstoff zu erzählen; ganz zu schweigen von den sagenhaften Gerüchten über seinen Reichtum, den er im Ausland erworben hatte und den er stets noch vermehrte.

Seine Beteiligungen an Unternehmen aller Art waren so vielfältig, daß niemand genau wußte, womit er am meisten verdiente. Man sprach von immensen Gewinnen, die seine Warmvorbrüche in der Nähe Carraras abwarfen, von seiner Teilhaberschaft an wertvollen Waldungen in Siebenbürgen, von Paprikapflanzungen in Ungarn, von Exporthäusern auf dem Balkan und Konzessionen in Rußland. Und niemand bedauerte mehr als die künftigen Schwiegermütter, wenn Herr v. Klopansstoff einige Wochen von Kesselheim abwesend war, seine schöne Villa leer stand (nur ein älterer Diener betreute das Haus, während ein anderer stets seinen Herrn auf Reisen begleitete); denn die Abende bei ihm waren die Ereignisse in Kesselheim.

Und gerade bei Herrn v. Klopansstoff mußte so etwas Schreckliches wie dieser Raubüberfall passieren.

Sonst lebte man schwerfällig in dieser Stadt; einer Stadt, in der der Adel, der längst nicht mehr reich war, den Ton angab; wo der neue Reichtum kleinbürgerlicher Großindustrie noch nicht den Mut gefunden hatte, mit dem blanken Geld aufzutrompfen. Ein Glück, daß der Truttmagat Klopansstoff, dieser Mann ungeheurer und unabsehbarer Unternehmungen, gerade Kesselheim als richtigen Knoten- und Mittelpunkt für sich entdeckt und sein Hauptbureau hier aufgeschlagen hatte. Seine Persönlichkeit endlich stellte die lang geluchte Verbindung zwischen Adel und reichem Bürgertum her.

Der Polizeidirektor, einer der nächsten Bekannten Klopansstoffs, war außer sich, daß ausgerechnet in diesem gastlichen Haus die peinliche Geschichte passieren mußte. Er stand während am Fenster seines Amtszimmers und überlegte... Nun ja, daß Frau Mischen Pösmann die unverheiratete Perlenkette gestohlen worden war, das konnte der Tritot-

Wertwürdig: noch nie in den Jahren zuvor waren auf Weihnachten die berühmte Karoline, die Kochfrau der großen Gesellschaften, und der Delikatessenhändler so mit Aufträgen überhäuft worden wie dieses Jahr. In zehn, fünfzehn, in zwanzig Häusern — überall, wo es heicatsfähige Töchter gab — war eine unruhige Feststimmung. Der „beste“ Teil Kesselheims war nervös, zitterte vor Erwartung...

Heiliger Abend. Noch nie hatte die Dienerschaft in den Häusern so viel zu tun. Die Tannenbäume waren pompöser als je, und die neuen wallenden Schlepplücker waren bei mancher „Gnädigen“ beinahe zu spät gekommen. Es war ein Gehege, um allen Verpflichtungen pünktlich nachzukommen; und dabei wollte man sich nicht aufregen, um nachher — der großen Stunde würdig — nicht müde und abgelenkt zu sein. Es schadete dem Teint, und außerdem brachte einen die Anstrengung um den halben Genuß des Abends.

Die Hausherren, schon im Smoking, überprüften noch einmal mit kritischem Blick die Zigarrensorten und Schnäpfe, ehe sie sich behaglich im Salon niederließen, um, ein bißchen brummend, auf Frau und Tochter zu warten. Und auf den werten Gast, der bald Mitglied der Familie werden sollte...

In zehn, fünfzehn, in zwanzig Häusern, in denen man so auf den hochgeschätzten Gast wartete, kam in dieser feierlichen Stunde per Post (Eilbotenzustellung) derselbe Brief. Sektographiert! Sein Inhalt lautete:

Berechne Kesselheimer!

Leider kann ich heute abend nicht in Frack und Zylinder antanzen, um mich mit Ihrem ehrenwerten Fräulein Tochter zu verloben. Es ist bedauerlicherweise höchste Zeit für mich, abzureisen, da meine geschäftlichen Transaktionen in Kesselheim abgewickelt sind und ein längerer Aufenthalt eine gefährliche Sentimentalität bedeutete.

Die Summen, die ich meinen Geschäftsfreunden verdante — sowohl durch Ihre großzügige Beteiligung an meinen Unternehmungen als auch durch den Verkauf der den Damen enteigneten Schmuckstücke —, werden mir nur eine geringe Entschädigung sein für die Süßigkeiten, die mir die Damen der Stadt gönnt haben, und auf die ich leider ebenso verzichten muß wie auf die versprochene Verlobung.

Wie gesagt, es ist höchste Zeit, mit meinem Flugzeug abzureisen, das ich ebenfalls Ihrer industriellen Weitsicht verdanke. In meinen Geschäftsbüchern werden Sie finden, daß die Fusionen, die Sie mit mir getätigt haben, nichts weiter kosten als die eingezahlten Beträge. Da meine Verfügungen

und Industriewerke, Gott sei Dank, nur Luftgebäude sind, brauchen Sie keine Konturmasse anzumelden! Auch mit der verhältnismäßig geringen Substanz der Möbel in meiner Villa werden Sie keine Mühe haben. Sie sind von meinen Freunden bereits abgeholt worden. Bemühen Sie sich nicht zu mir heraus, denn mein alter Diener („so ein netter, zuverlässiger Mensch“) wird Ihnen keine Auskünfte geben können; er ist bereits vorausgereist.

Indem ich Ihnen für das Vertrauen danke, das Sie und Ihre wertige Familie mir entgegengebracht haben, empfehle ich mich bestens. stets zu Ihren Diensten: v. Klopanski.

Bücher und Zeitschriften

Die Reherbibel. Eine Waffensammlung für kämpfende Freidenker von Hugo Efferoth. 5. Auflage (31. bis 35. Jahrgang). Verlag Der Freidenker, Berlin SW. 29, Gneisenaustraße 41. Preis in Leinen gebunden 5 Mk. — Das Buch will jenen Arbeitern, die abseits der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, wertvolle Anregungen und Wissensergänzungen geben. Tatsachen der Natur- und Gesellschaftsentwicklung, die leider immer wieder vergessen werden, ruft die Reherbibel dem Leser ins Gedächtnis zurück. Die Reherbibel ist, was Verfasser und Verlag ausdrücklich betonen, keine Lektüre für Kinder.

Im Strom der Zeit. Gedichte von Ernst Brezang. Buchmeister-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 61, Dreibundstraße 5. Preis in Leinen gebunden 4,80 Mk. — Der Gedichtband „Im Strom der Zeit“ erscheint jetzt in 5. Auflage. Natürlich in neuer Bearbeitung und in einer sehr ansprechenden Ausstattung. In den Brezang'schen Gedichten finden die großen Ideale und Symbole der Arbeiterbewegung beredten Ausdruck.

Henri Barbusse: Novellen. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Lina Freuder. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — Barbusse ist ein Meister der kurzen, in sich geschlossenen Erzählung. Die vorliegende Sammlung kleiner Novellen, die zum größten Teil in der ersten und doch leidenschaftlich erregten Landschaft der Bretagne oder am Meer spielen, ist ein Musterbeispiel dafür, wie ein Dichter auf wenigen Seiten ein Schicksal, ja, ein ganzes Leben ebenso eindringlich schildern kann wie ein einzelnes Ereignis, sofern er das Wesentliche weiß und so sagen versteht. — Der schön ausgestattete Halblederband kostet 2,70 Mk.

Heinrich Seidel: Reinhard Flemmings Abenteuer zu Wasser und zu Lande. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — Eine köstliche Geschichte von zwei Jungen, die, rund um einen schönen norddeutschen See stolzend, ihre junge Kraft aus-

toben. — Der Volksverband der Bücherfreunde ist ein außerordentlich vielseitiger Bücherverband. Umspannt doch heute schon das über 550 Werke enthaltende Gesamtverzeichnis des VdB. das deutsche und ausländische schöngeistige und populärwissenschaftliche Schrifttum von den Uranfängen bis auf die Gegenwart. Der Preis des vorliegenden Wertes, in Halbleder gebunden, beträgt 4,20 Mk.

Blotzhaus an der Wolga. Roman von Max Barthel. Verlag Der Freidenker, Berlin SW. 29, Gneisenaustraße 41. Preis in Leinen gebunden 4 Mk. — Barthel nennt sein neuestes Werk einen Roman, richtiger wäre: Ein Bekenntnisbuch. Denn was er schildert, sind seine eigenen Erlebnisse und Enttäuschungen. Barthel ging vor Jahren als begeisterter Anhänger des Bolschewismus nach Rußland. Seine Berichte von dort waren den Kommunisten willkommenes Agitationsmaterial. Aber was er nach Deutschland schrieb, waren mehr Wünsche als Tatsachen. Barthel erlebte Großes, aber auch, ja in der Hauptsache, furchtbar Niederdrückendes. Trotz alledem glaubte er an die Idee des Bolschewismus, und er verherrlichte sie mit der ihm eigenen Eindringlichkeit. Eines Tages ging es aber nicht mehr. Die Kluft zwischen den Worten und Taten der Kommunisten wurde immer größer, so groß, daß Barthel seine Illusionen aufgab und in die Wirklichkeit zurückkehrte. „Wir haben gelogen, um eine Idee rein zu erhalten. Aber Lüge ist Lüge, und tausendfache Lüge ist immer noch keine Wahrheit.“ — Dieses Buch gehört in jede Arbeiterbibliothek und es sollte von allen Arbeitern gelesen werden.

Gelacht wird der am 4. August 1905 in Schneidemühl geborene Tischler **Wilhelm Melchert**, zuletzt wohnhaft in Berlin. Zweidienliche Mitteilungen an das Jugendamt des Amtes Ludwigslust i. M. zum Tode. A. V. 192 erben.

Berfetter Buher auf Eisenbahnen, im Einrahmen, Bergarbeiten und Polieren tüchtig, sucht Stellung in größerem Unternehmen oder Goldleistenfabrik. Offert. u. A. D., Verwaltung Erfurt.

Almanach 1930 Taschenkalender für Mitglieder unseres Verbandes, ist erschienen. Bestellungen nehmen alle Verwaltungen gerne entgegen. Der Almanach kostet 1 Mark i. Verbandsmitglieder. Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Edt ULMIA Putz- und Doppelhobel. 1,50 Mk. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Versand per Nachnahme. **Loop, Reichelt, Löbau (Sa.).**

Wacholderbeersaft seit alters her anerkannt als Blutreinigungsmittel. Feiert Frankfurter Dusen oder 12 Fl. o. Mk. **Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha.**

Fachschule Prospekt, Rückst. für Wagen- u. Karosseriebau Köthen. Ausbildung zu Meistern, Technikern, Maschinenführern, Fahrerinnen.

Lehrungs-Tischler-Fachschule in Beckum (Westf.). Prospekt frei durch die Leitung Köhner & Kraft.

Sprechmaschinen-Laufwerke. C. M. Loske, Hamburg 13a, Schröderstraße 2b.

KOLLEGEN! **Hobelbänke u. Werkzeuge** kann nur im Eigenbetrieb. Bei Bedarf Angebote einfordern. **Baumfächer-Betriebs-Verband Schleierhagen, Liegnitz, Schleierhagenstr. 1.**

Um den vielfachen Anfragen zu entsprechen, habe ich hiemit ein **Sportschlitten-Kufen** Esche, gebogen, prima Qualität, 100 120 140 160 cm Holzlänge. 1,70 2,30 2,90 3,50 Mk. pro Paar. Ringelkufen 1,40 cm Schlittenlänge, 5 Mk. Schneeschuhe, prima Esche, unbearbeitet oder fertig. Preise auf Anfrage. Der Versand gelangt nur beste, anerkannte, deutsche Ware. Nichtgekauft, bitte keine Nachnahme. **A. Walther, Erfurt, Schleierhagenstr. 33.**

Edel-Kanarien wirklich keine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. Mark 10. — und höher. Vorsänger, Zuchtpaare, Käfige, Futter sowie Vogelärznel. Hochinteressante Preisliste mit wertvollen Anregungen vollständig kostenlos. **Grossschlachthof, Bad Saderode 200, Harz.**

Kaufwerte. Ia Qualität, Doppelseitig, 26 cm Holzlänge, 25 cm Blattlänge mit Holzbezug, Schlangentonarm, Deckelklappe, Ia Spezialschallboje. Preis: 26 Mark. **Prospekt gratis u. franco von D. Elze, Braunschweig, An der Petrikirche 2.**

Sportschlitten-Kufen Esche, gebogen, prima Qualität, 100 120 140 160 cm Holzlänge. 1,60 2, — 2,30 2,60 Mk. das Paar. Andere Längen und Schneeschuhe auf Anfrage. Versand geg. Nachnahme. **Weigel & Lange, Greiffenberg i. Schl.**

Hobelbänke, Ia Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 300 cm Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. **Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Strasse 53.**

Laufwerke-Tonarme Schallboxen und sämtliches Zubehör. **Systeme für Lautsprecher** liefert zu billigsten Preisen. **Richard Drebeck, Würzen Sa. Schrothstrasse 12**

Hobelbänke 82 Mark 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel, Werkzeugneueheiten. Preisliste gratis. **Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.**

Betten aus dichten Bett-Inlett Oberbett mit 7 Pfd. 15,85 19,70 23,75 Unterbett mit 6 Pfd. 14,90 18,20 22,50 1 Kissen mit 2 Pfd. 4,50 5,90 6,90 Vollständiges Bett 35, — 43, — 55, — Bettfedern: 1,25 1,90 2,40 Halbdaunen: 3, — 4,50 5,50 Daunen: 8,50 10,50 12,50 Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschr. Nachnahmeversand. **Bettfabrik H. M. Hiller, Kassel 33, Mörchebergstrasse 8 1/2.**

Tischlerfachschule Hemenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich. Eigene Werkstatt für Meisterstücke.

Hobelbänke 75 RM 2 m lg. Ia Qualität. Blatt beste ged. Poth. Stahlsp. kompl. Preisl. gratis. **Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6**

Leimöfen, Furnierböcke fabrikt als Spezialität. Preisl. gratis. **Paul Ott, Stuttgart, Seylerstrasse 40**

Hosen. Viele treu billige Anmerkungen. **Verlangt Sie Muster gratis franko.** **Herbert Fritsche, Niederoderwitz I. S.**

Pollerer Belzer Tischler senden zu Zeit und Qualität. **Werkzeug-Verband** in bester Vorbereitung. Bei Bedarf Angebote einfordern. **Baumfächer-Betriebs-Verband Schleierhagen, Liegnitz, Schleierhagenstr. 1.**

Tischlerfachschule Hemenau i. Thür. Ausbildung als Meister, Techniker u. in sämtlichen Programmen ganz köstlich.

Fachblatt für Holzarbeiter
Illustrierte Monatshefte für die fachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung der holzverarbeitenden Berufe. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. Die Verbandsmitglieder beziehen es durch die Verwaltungen zu Vorzugspreis von vierteljährlich **2 Mk.** Rechtzeitig zu Weihnachten erscheint der elegant in Ganzl. gebundene Jahrgang 1929 zum Preise von 14 Mk. Verbandsmitglieder erhalten den **Jahrgang 1929 für 10 Mk.** Einbanddecken für die Jahrgänge 1928 und 1929 kosten 1,20 Mk. Für Verbandsmitglieder 1 Mk. Gebundene Jahrgänge sind noch lieferbar und kosten 1923, 1924, 1925 o. Mk., 1926, 1927, 1928 8 Mk. je Exemplar.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Nur noch 1500 Sprechmaschinen zum Ausnahmeverkauf
direkt ab Fabrik. **10 Doppel-Goldklang-Schallplatten zu jeder Sprechmaschine.** Auch Violinen, Mandolinen, Gitarren zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen.
48 Mk. an 34 Mk. Schutz & Gündlach Münzstr. 18
Verlangen Sie reichhaltigen Katalog Nr. 38

Sprechmaschinen-Laufwerke la Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) reist allem Zubehör wie Muttern, Gummianterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm Platten-teller mit Turbinen, Schlangentonnarm. **la Electra-Schallboxe** franco nur **Mark 26** Tonführungen an Holz und Metall

sowie Hausstanduhrwerke und Hobel in allen Preislagen
Versand per Nachnahme. Katalog gratis und franco an jedermann von **ROBERT HUSBERG-Neuenrade i. W. 10**

Hosen. Viele treu billige Anmerkungen. **Verlangt Sie Muster gratis franko.** **Herbert Fritsche, Niederoderwitz I. S.**

Pollerer Belzer Tischler senden zu Zeit und Qualität. **Werkzeug-Verband** in bester Vorbereitung. Bei Bedarf Angebote einfordern. **Baumfächer-Betriebs-Verband Schleierhagen, Liegnitz, Schleierhagenstr. 1.**

Edelton Schallplatten (doppelseitig) 15 Pf. **Wochenrate ohne Anzahlung.** **Leo Noarich, Sprechmaschinenfabrik „EDELTON“** Berlin E 85, Lyonerstr. 5/6, Hansa 7609, 7610. Prospekt 45 gratis und franko. **In kurzer Zeit 70000 zufriedene und dankbare Kunden. Unzähl. Dankschreib.**

Gute Manchesterhosen RM. 8,50
Beste Manchesterhosen RM. 11,50
Blaue Arbeitsanzüge, la Hausqualität RM. 7,00
Blaue Arbeitsanzüge, stärkste Dreilagenqualität RM. 8,50
Einzelne Jacken oder Hosen je die Hälfte. — Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Bei Nichtgefallen Geld zurück.
Rudi Vogel, Redwitz a. R. Eigene Fabrikation und Versand.

Ab Fabrik kaufen Sie billiger! Sprechapparate, herrlicher Ton, 5 Jahre Garantie, beste Werke, v. 16 Mk. an. Sprechapparat-Werke und Zubehör zum Selbstbau mit Anleitung sehr preiswert. 5 Jahre Garantie. Aufträge über 9 Mk. portofrei. Umtausch gestattet! Kein Risiko. Streng reell. Jährlich etwa 3000 Dankschr. **Grosser Hauptkatalog kostenlos! ERNST HESS NACHF.** — Stammfabrik gegründet 1872 — **Klingenthal Sa. 80.** Erstes u. ält. Musikinstrumenten-Versandgesch.

Radioanoden fabriktfrisch, mit Gitter und langer Lebensdauer. 90 V. 5,70. 100 V. 6,40. 120 V. 8,25. 150 V. 10,50 Mk.
Netzanlagen u. Zubehör billigst. Vers. geg. Nachn.
Cerriand-Radio H. vier Berlin N. Weinbergsweg 24

Diese Uhr 24-Stund.-Zifferblatt, la Ankerwerk, versilbt m. vergold. Rändern, sowie gutvergold. Kavalierkette m. **6,50**
2j. schriftl. Gar. f. nur zus. M. **Erwin R. Berthold, Halle a. S. 30**

DUROFIX-KALTLEIM Höchste Bindkraft! / DRP. / Wasserfeste Verleimung! **Kollegen, empfehlt nur „DUROFIX“!** Verlangt kostenlos Druckschrift durch **H. Wittner, A.-G., Berlin W 57, Kurfürstenstr. 23**

Holztechnikum Rosenheim (Oberbay.) Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für die Holzindustrie • Programm kostenlos.

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf. bessere Qualität 1 Mk. **halbweiße** flaumige 1,20 Mk. und 1,40 Mk., **weisse** flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene **Halbstaum-Herrschaftsfedern** 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk., **Rupffedern**, ungeschlossene, m. Flaum gemengt, **halbweiße** 1,75 Mk., **weisse** 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster **Plaumrupf** 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge **zollfrei** gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos.
S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/180, Böhmen.

Der beste Putzhobel mit stets kleinem Mund u. nachstellbarem Keil. Gebrauchsfertig unter Garantie. Ohne Bodholzbohle 7, — Mk. **franko** Mit echter Bodholzbohle 10, — Mk. **franko**. Sämtl. Tischlerwerkzeuge erhaltlich, preiswert. **Prompte Lieferung. Preisliste gratis.** **M. Niessinger, Werkzeugfabrik Nürnberg.**

Sage Deinem Betriebsleiter **PORA** — Furnierungsmittel, Furnierleim, Casein-Kaltleim, Zinlf., das selbsttätige Zinkzulagen-Reinigungsmittel, bedeuten Geldersparnis, Arbeitserleichterung. — **Aufklärungsschriften und Proben kostenlos!** Pora wird in mehr als 12000 Betrieben in führenden Grossbetrieben verwendet. — Schreiben Sie bitte an **PORA-WERK PAUL SCHROT, ALLENDORF AN DER WERRA**

220 verschiedene proletarische Platten! einzig in der Art. Elektromotorwerk 72 Mark. Genossen verlangen sofort Verzeichnis gratis. **Musik-Steinhaus, Weimar i. Thür. 529**

Neue Gänsefedern, wie von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt. Pfd. 3 Mk., be. Qual. 3,50 Mk., Halbdaunen, gereinigt 5, —, — Daunen 6,50. Volltauer 9, —, 10,50 Mk. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 4, —, 5,25, 5,75, la 7,50 Mk. — Garantie für reelle, standhafte Ware, ab 5 Pfund portofrei. Versand per Nachnahme.
Frau A. Wodrich, Gänsemast, Neutrebbin (Oderbruch)